

Neusprech-Glossar

Wörter und Wendungen aus der neoliberal geprägten Sprache der Gegenwart

Ausgabe 07b (SM 07.12.2012; zuletzt aktualisiert 15.03.2013)

Neoliberale Politik kommt mit einer verwirrenden Vielfalt an beschönigenden oder verhüllenden Wörtern und Wendungen daher. Der Sinn bzw. Unsinn solcher Wortprägungen soll in dem vorliegenden Glossar aufgedeckt werden. Die gegenwärtige Ausgabe enthält 24 Beiträge zu fünf Themen ([Arbeitsmarktreform](#), [Bildungspolitik](#), [Einwanderungspolitik](#), [Gesundheitsreform](#) und [Wirtschaftspolitik](#)) und zusätzlich die Rubrik "[Kurz kommentiert](#)" mit Notizen zu aktuellen Schlagwörtern und Aussprüchen. Diese Beispiele sollen dazu anregen, die vielfältigen Erscheinungen von 'Neusprech' in der politischen Auseinandersetzung aufzuspüren. Weitere Mitsstreiter bei dieser Teamarbeit sind jederzeit willkommen!

Übersicht (Verzeichnis der Themen und Beiträge → S. 1)

Einführung (Ansatz und Vorhaben, Aufbau und Gestaltung, Empfehlung für Webseiten → S. 2-3)

Themen und Beiträge (kritisch-analytische Erörterung von Wörtern und Wendungen → S. 4-28)

Kurz kommentiert (kritische Notizen zu aktuellen Schlagwörtern und Aussprüchen → **Anhang**)

Netzausgabe des Glossars → <http://attacberlin.de/ags/sprache/themen/neusprech-glossar/>

Übersicht zum Glossar

Folgende Themen mit den dazugehörigen Beiträgen sind in dieser Glossar-Ausgabe enthalten und per Verknüpfung oder Seitenangabe zu finden:

[Arbeitsmarktreform](#)[4]

→ [Instrumentenreform](#)[4] → [Minijob](#)[5] → [Selbstoptimierung](#)[6]

[Bildungspolitik](#)[7]

→ [Bildungs-Neusprech](#)[7] → [Bildungspaket](#)[8] → [Bürgerschule](#)[9] → [Investition in Kinder](#)[10]
→ [Ökonomische Bildung](#)[11]

[Einwanderungspolitik](#)[12]

→ [Integrationsverweigerer](#)[12] → [Kulturkreis](#)[13] → [Multikulti ist tot](#)[14]

[Gesundheitsreform](#)[15]

→ [Arzneimittelbewertung](#)[16] → [Eigenverantwortlicher Versicherter](#)[16]
→ [Eigenverantwortung für die Gesundheit](#)[17] → [Kopfpauschale](#)[18] → [Solidarische Gesundheitsprämie](#)[19] → [Zusatzbeitrag](#)[19]

[Wirtschaftspolitik](#)[20]

→ [Austerität](#)[20] → [Euro-Rettungsschirm](#)[22] → [Finanzmärkte](#)[23] → [Global Governance](#)[24]
→ [Globalisierung](#)[25] → [Stabilitätspakt](#)[27] → [Wettbewerbspakt](#)[28]

Einführung zum Glossar (SM 8.11.2010; letzte Aktualisierung: 11.01.2013)

Übersicht zum Glossar (Seite 1)

Ansatz und Vorhaben

Das Neusprech-Glossar knüpft an eine zurückliegende Initiative (Zeitraum 2004/2005) an – die Wiki-Plattform "Neosprech: Informationsseite über die Sprache des Neoliberalismus" [<http://www.neosprech.de>]. Leider ist diese Webseite inzwischen nicht mehr aufrufbar.

Auf der Wiki-Plattform wurden 'Schlüsselbegriffe des Neoliberalismus' sowie 'Schlüsselsätze und Denkfiguren des Neosprech' gesammelt und erörtert. Der Begriff 'Neosprech', in Anlehnung an George Orwells Begriff 'Newspeak' ('Neusprech') verwendet, stand auf der Plattform für "die schönfärberische und verschleiende Sprache, die den neoliberalen Umbau der Gesellschaft begleitet".

Das Vorhaben der AG ist, in Weiterführung der Wiki-Plattform, auf den *aktuellen* Sprachgebrauch – nach der jüngsten Krise des Neoliberalismus im Gefolge der globalen Finanzkrise – gerichtet und begrifflich *weiter* gefasst: Gesammelt werden Wörter und Wendungen, die zu neoliberalen Bestrebungen in Beziehung stehen (nicht nur spezielle Schlüsselbegriffe und Denkfiguren). In der Anfangsphase wird die Sammlung vor allem von zeitnahen Themen bestimmt, ohne dass besondere Kriterien der Auswahl vorgegeben sind; für spätere Phasen wird eine zunehmend systematische Erfassung angestrebt.

Die Beiträge zu den ausgewählten Wörtern und Wendungen sollen analytisch-kritisch, möglichst kurz gefasst und leicht verständlich sein. Folgende inhaltliche Aspekte werden berücksichtigt:

- normale Bedeutung des betreffenden Wortes bzw. der Wendung in der Alltags- oder Fachsprache;
- spezielle Bedeutungszuweisung (offen oder verdeckt) im vorgefundenen Kontext;
- Einbeziehung von Sekundärliteratur mit Quellenangaben.

Aufbau und Gestaltung

Die Wörter und Wendungen des Neusprech-Glossars sind nach Themen gruppiert. Jedes Thema hat einen kurzen Vorspann, der die ausgewählten Wörter und Wendungen zusammenhängend vorstellt. In den nachfolgenden Beiträgen werden die einzelnen Wörter und Wendungen sowohl unter inhaltlichen als auch sprachlichen Aspekten kritisch beleuchtet. Die Beiträge innerhalb der Themengruppen sind alphabetisch geordnet. Angefügt in Klammern ist jeweils das Datum der Aufnahme ins Glossar, mit vorangestellter Kurzbezeichnung des Autors; bei nachträglicher Bearbeitung werden entsprechende Angaben hinzugefügt.

Neu hinzugekommen ist die Rubrik "*Kurz kommentiert*" – eine lose Folge kritischer Notizen zu aktuellen Schlagwörtern und Aussprüchen, die in der Diskussion neoliberaler Politik auftauchen.

Quellen für die Sammlung der Wörter und Wendungen sind vor allem die aktuellen Medien (Tagespresse, Funk- und Fernsehsendungen, Internet). Anregungen zur inhaltlich-sprachlichen Analyse bieten die Arbeitsmaterialien der AG zum Neoliberalismus und zur Textkritik (<http://attacberlin.de/ags/sprache/themen/>), einschließlich der Unterlagen des Seminars über "Politische Implikationen von Sprache" auf der Sommerakademie ENA im August 2011 in Freiburg. Alle Beiträge zum Glossar werden in der AG, speziell im Lesekreis (<http://attacberlin.de/ags/sprache/themen/lesekreis/>), gemeinsam erörtert, bevor sie veröffentlicht werden.

Die erste Ausgabe des Glossars erschien im August 2010 als interner Entwurf zur Diskussion. Die zweite Ausgabe (November 2010) wurde im Rahmen von Attac Berlin (Plenum Dezember 2010) und damit der Öffentlichkeit vorgestellt. Es folgten und folgen weitere, laufend ergänzte und aktualisierte Ausgaben. Diese enthalten gewöhnlich die Gesamtheit der Themen und Beiträge bis zum betreffenden Zeitpunkt; mit wachsendem Umfang des Glossars sollen aber auch Sonderausgaben zu speziellen Themen veröffentlicht werden. Das Glossar wird als Kopierexemplar, als PDF-Dokument und als Netzversion [<http://attacberlin.de/ags/sprache/materialien/neusprech-glossar/>] veröffentlicht und über Mailinglisten sowie auf Veranstaltungen verbreitet.

Das Glossar ist offen für die Zusammenarbeit mit anderen Attac-AGs in Berlin und bundesweit. Die Sachkompetenz aus diesen Gruppen und das Sprachinteresse unserer AG können sich dabei wirkungsvoll gegenseitig ergänzen.

Empfehlung für Webseiten

Über Hintergründe des 'Neusprech' und kritische Analysen zur heutigen Verwendung informiert der gleichnamige Beitrag in der **Wikipedia** (<http://de.wikipedia.org/wiki/Neusprech>).

Sprachkritische Analysen sind ein wesentlicher Bestandteil der **Nachdenkseiten** (<http://www.nachdenkseiten.de>), die von Albrecht Müller und Wolfgang Lieb herausgegeben werden, insbesondere mit den Rubriken *Strategien der Meinungsmache* und *Manipulation des Monats*.

Kai Biermann und Martin Haase haben einen **Neusprechblog** (<http://neusprech.org>) eingerichtet, der anhand zahlreicher Stichwörter aufdeckt, wie Politiker mit Worten ihre wahren Ziele vernebeln und was sprachliche Umdeutungen und Neuschöpfungen tatsächlich bedeuten. Auf Basis dieses Weblogs haben die genannten Autoren ihr Buch *Sprachlügen: Unworte und Neusprech von 'Atomruine' bis 'zeitnah'* (Fischer Taschenbuch, 2013) herausgebracht.

Analysen und Kommentare zu 'Neusprech' sind auch auf folgenden Webseiten zu finden:

- *Neusprech: Manipulation durch Sprache* – ein Informationsportal des Instituts für Medienverantwortung, das von Sabine Schiffer geleitet wird (<http://www.medienverantwortung.de/unsere-themen/informationsportale/neusprech-manipulation-durch-sprache/>)
- *Neusprech Heute: Sprache, Manipulation, Greenwash, Propaganda, Werbung* – Ein Artikel von Axel Mayer auf der Website *Mitwelt* (<http://www.mitwelt.org/neusprech-greenwash-sprache-propaganda.html>)
- *Des Schäubles kleines Wörterbuch* – Ein Katalog des Neusprech der Inneren Sicherheit von Kai Biermann auf Zeit Online (2009) (<http://www.zeit.de/online/2009/04/neusprech-schaeuble-lexikon>).

Weitere Hinweise zu sprachkritischen Analysen, die insbesondere im Internet zugänglich sind, nehmen wir jederzeit gern in das Glossar auf, um eine Vernetzung dieser Bemühungen zu unterstützen.

Arbeitsmarktreform (SM+OZ 26.11.2012)

[Zurück zur Übersicht](#) (Seite 1)

Mit immer neuen Schlagwörtern wird bundesdeutsche Arbeitsmarktpolitik betrieben. Von den 'Hartz-Reformen' unter der rot-grünen Koalition bis hin zur → '[Instrumentenreform](#)' der gegenwärtigen Regierung reichen die rhetorisch verbrämten Einsparmaßnahmen, während die 'Liberalisierung' des Arbeitsmarktes immer neue Kategorien geringfügiger Beschäftigung mit sozialen Risiken, wie z.B. den → '[Minijob](#)', hervorbringt. Im herrschenden politischen Diskurs, der vom Kosten-Nutzen-Denken geprägt ist, werden die Opfer dieser Politik – vor allem Langzeitarbeitslose ebenso wie Obdachlose und andere ökonomisch Schwache – abgewertet, während die unter neoliberalen Bedingungen Erfolgreichen – marktgerecht Qualifizierte und sogenannte 'Leistungsträger' – aufgewertet werden. Beste Ein- bzw. Aufstiegschancen im Arbeitsleben hat angeblich, wer 'unternehmerisch' zu denken und handeln vermag (vgl. → [Ökonomische Bildung](#)). Besondere Aufmerksamkeit gilt den Fach- und Führungskräften, die sich durch → '[Selbstoptimierung](#)' auf den Wandel im Charakter der Arbeit einzustellen haben.

Instrumentenreform (SM+OZ 26.11.2012)

[Zurück zur Übersicht](#) (Seite 1)

Mit einem Gesetzesentwurf (2011) zur "Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt" hat die gegenwärtige Bundesregierung eine Reform arbeitsmarktpolitischer Instrumente (2012) angestoßen. Die sogenannte Instrumentenreform soll die "Effektivität und Effizienz beim Einsatz von Arbeitsmarktinstrumenten" erhöhen. Das heißt, mit weniger Förderinstrumenten und viel weniger Geld soll die "Leistungserbringung" effektiver und effizienter werden.

Schon diese wenigen Stichwörter – 'Eingliederung am Arbeitsmarkt', 'Förderinstrumente', 'Effektivität und Effizienz', 'Leistungserbringung' - umreißen den technokratischen Zuschnitt der Reform. Arbeitsvermittlung wird bereits seit Inkrafttreten der Hartz-Reformen als 'moderne Dienstleistung am Arbeitsmarkt' betrieben, begleitet von neuen Begriffen wie 'Jobcenter' (statt Arbeitsamt), 'Fallmanager' (statt Arbeitsvermittler), 'Leistungsberechtigte' (Personen mit Anspruch auf Arbeitslosengeld oder Sozialhilfe). Mit dieser Rhetorik wird auch in der Instrumentenreform die soziale Dimension ausgeblendet und zugleich die angestrebte Kostensenkung bemäntelt. So entpuppt sich die Instrumentenreform als reine Sparreform, wie folgende Beispiele zeigen:

- Der drastische Rückgang in der Förderung für Langzeitarbeitslose führt dazu, dass diese noch weniger Beschäftigungschancen haben als bisher. "Schärfer sparen bei den Abgehängten" – so bringt ein "Spiegel"-Artikel die resultierende soziale Abwertung dieser Menschen auf den Punkt.
- Mit der Streichung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen werden Angebote von Trägern beruflicher Bildung, Beschäftigungsförderung und Jugendberufshilfe beschnitten und gleichzeitig Erwerbsarbeit bei diesen Bildungsträgern vernichtet. Die Regierung nennt das "Leistungssteigerung in der aktiven Arbeitsmarktpolitik" – eine Ironie, wie die GEW kritisch herausstellt, ja ein Zynismus angesichts der effektiven Chancenlosigkeit angeblicher "Wiedereingliederungshilfen"..
- Die Ein-Euro-Jobs, ursprünglich ein Vorzeigemodell der Hartz-Reformen, sollen nicht nur wie bisher zusätzlich und in öffentlichem Interesse, sondern auch "wettbewerbsneutral" sein – soll heißen: Erwerbslose dürfen nichts machen, was normale Arbeitskräfte erledigen

könnten. Damit aber werden nicht nur die Bewilligungen stark reduziert, sondern auch die Aufgaben sinnlos und realitätsfern und verlieren ihren eigentlichen Vorteil für die angestrebte Wiedereingliederung.

Dank Instrumentenreform hat sich also das proklamierte Ziel - die "Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt" – ins Gegenteil verkehrt, d.h. die Fördermöglichkeiten für Arbeitslose und -suchende werden sich im Gefolge der Reform rapide verschlechtern.

Quellen:

- Ballauf: Preis vor Qualität und Jobs - in Erziehung und Wissenschaft 9/2011, S. 6f.
- Kaltenborn: Arbeitsmarktpolitik: Instrumentenreform 2012 – in WISO direkt, August 2011
- El-Sharif: Langzeitarbeitslose: Schärfer sparen bei den Abgehängten – in Spiegel online v. 31.01. 2012

Minijob (SM+OZ 26.11.2012; Anmerkung 15.02.2013)

[Zurück zur Übersicht](#) (Seite 1)

Die Vielfalt neuer, wenig gesicherter Beschäftigungsformen ist kaum noch überschaubar, u.a. 'Minijobs', 'Midijobs', dazu deregulierte 'Leiharbeit' bzw. 'Zeitarbeit', und schließlich 'Ein-Euro-Jobs' für Arbeitslose... Ihr Auslöser waren die Hartz-Reformen, mit denen arbeitsrechtliche Begrenzungen gelockert und damit die Unsicherheiten im Erwerbsleben befördert wurden.

Hinter diesen Schlagwörtern stehen zumeist arbeitsrechtliche Bezeichnungen, festgeschrieben in den gesetzlichen Dokumenten, z.B. ist der 'Minijob' eine "geringfügige Beschäftigung" (Arbeitsentgelt bis 450 Euro, keine Sozialversicherung – siehe auch Anmerkung!), der 'Midijob' ein "Gleitzonefall" (Arbeitsentgelt von 450 bis 850 Euro, an der Grenze zum Teilzeitverhältnis) und der 'Ein-Euro-Job' eine "Arbeitsgelegenheit mit Mehraufwandsentschädigung".

Anstelle dieser umständlichen Bezeichnungen setzen sich aber in der Öffentlichkeit Kurzwörter durch, die besondere Ausdeutungen ermöglichen. Auffällig ist zunächst die häufige Verwendung von 'job' in diesen Begriffen. Hier ist nicht nur die allgemeine Vorliebe für englische Wörter im Spiel; auch das Konzept der englischen Arbeitsmarktreform hat Pate gestanden. So imitiert z.B. der Begriff 'Jobcenter' bewusst das englische Vorbild. Im englischen Verständnis kann der 'Job' alle möglichen Beschäftigungsverhältnisse umfassen - von einer hochqualifizierten Anstellung bis zum Gelegenheits-'job'. Hingegen bezieht sich unser Verständnis von 'Arbeit' – traditionell - auf eine geregelte Anstellung, basierend auf einem erlernten Beruf oder einer Qualifikation. Mit dem Wort 'Job' wird also nicht nur das neue Dienstleistungskonzept populär gemacht (wie mit 'Jobcenter'), sondern auch unser gedanklicher Anspruch auf Arbeit als geregelte berufliche Beschäftigung mit sozialer Absicherung gelockert (wie bei 'Minijob').

Der Wortbestandteil 'Mini' (in 'Minijob') schließlich bezeichnet recht gefällig – man denke an Minirock, Minibar, Minigolf - ein kleines Maß, ganz nach Bedürfnis. Das mag in solchen Fällen passen, bei denen relativ gut Verdienende einen 'Minijob' zum 'Aufstocken' ihres Gehalts für besondere Wünsche ergreifen. Gerade diese Fälle werden medienwirksam etwa zur Deutung von Statistiken über 'Minijobber' (bei unklarer Datenlage!) strapaziert. Allerdings ist die Lage derer, die einen 'Mini'-Nebenjob wegen unterbezahlter Hauptbeschäftigung auf sich nehmen (müssen), weit weniger akzeptabel. Und die ca. 5 Millionen ausschließlich geringfügig Beschäftigten, die also nichts weiter als einen 'Minijob' haben, spüren dessen soziale Härte aufs schärfste.

'Minijobs' markieren somit die unterste Stufe des Erwerbslebens: gering im Ansehen und mager im Lohn. Ebenso wie viele Angebote deregulierter Leiharbeit gehören sie zum Niedriglohn-Sektor, der inzwischen fast ein Viertel aller Beschäftigten umfasst und der das Haupteinfallstor für die Armut bei uns in Deutschland ist.

Anmerkung: Die Bezeichnung '*geringfügig beschäftigt*' wird im Neusprechblog (<http://neusprech.org/>) kritisch erörtert.

Quellen:

- Armutsforscher: Christoph Butterwegge im Gespräch mit Andreas Kolbe – in Deutschlandfunk v. 18.9.12 (<http://www.dradio.de/dlf/sendungen/wirtschaftundgesellschaft/1870289/>)
- Baumann: Millionen haben einen Zweitjob – in Berliner Zeitung v. 6./7.10.2012
- Geringfügige Beschäftigte – in Wikipedia (<http://de.wikipedia.org/wiki/Minijob>)
- Präkariat – in Wikipedia (<http://de.wikipedia.org/wiki/Präkariat>)
- Soost: Leiharbeit: Präkariat auf Abruf – in Blätter für deutsche und international Politik 9/2012

Selbstoptimierung (SM+OZ 26.11.2012)

[Zurück zur Übersicht](#) (Seite 1)

Während die Verlierer auf dem Arbeitskräftemarkt zu "Leistungsempfängern" (Hartz IV) degradiert werden, wird von den Gewinnern, speziell den in Unternehmen tätigen Fach- und Führungskräften, 'Leistung aus Leidenschaft' erwartet. Mit raffinierten Methoden ('innovativen Managementtechniken') werden die Mitarbeiter motiviert, Höchstleistungen zu vollbringen. Nicht allein die qualitativ gute und zuverlässig verrichtete Arbeit zählt, sondern der unternehmerische Ertrag, der mit dieser Arbeit erzielt wird. An die Stelle von Leistungs- und Arbeitszeitkontrollen treten Kennziffern, 'Benchmarks' und Quartalszahlen, die zu erreichen sind.

Nur wenn der Mitarbeiter 'unternehmerisch' denkt und handelt, kann er diesen Anforderungen nachkommen. (Ein Leibeigener im Feudalismus musste nicht so denken wie sein Herr, da waren die Gedanken noch frei!) Er ist Manager des Projekts und seiner Selbst – in einem andauernden Prozess der 'Selbstoptimierung': indem er ständig das Bestmögliche (für seinen Arbeit-'geber'!) aus sich herausholt. Was zuvor äußere Zwänge im Arbeitsleben waren, wird zunehmend verinnerlicht – im Sinne der Selbststeuerung und Eigenverantwortung. Der Mitarbeiter wird nicht mehr von befehlenden Chefs beaufsichtigt, sondern von sanft gängelnden Coaches (Beratern und Trainern) 'begleitet'. Seine unendliche Flexibilität und Anpassungsbereitschaft zeigt sich im Willen zum ständigen Wandel ('Change'), zum Wechsel des Ortes, zum wiederholten Neubeginn, zum unaufhörlichen 'lebenslangen' Lernen. Die Flut der Ratgeberliteratur ist ein Indiz für diese nie beendbare Arbeit am Selbst.

Die 'Selbstoptimierung' ist ein beliebtes Schlagwort der genannten Ratgeber. Es geht auf eine bereits 1927 erschienene "methodische Anleitung zur Selbstverwirklichung" (von Gustav Grossmann) zurück. Ihr folgten zahlreiche Theorien vom effizienteren Umgang mit sich selbst, die heute eine eigene Branche innerhalb der Management-Schulung bilden. Tatsächlich stammt die zugrundeliegende Idee aus den Vereinigten Staaten. Deren Schlüsselwort ist allerdings 'self-improvement' (wörtlich: 'Selbstverbesserung'), was sich immerhin auf den Menschen beziehen lässt. Der Begriff 'Selbstoptimierung' hingegen ist aus technischen Prozessen, der Steuerung von mechanischen Systemen, abgeleitet. Maschinen können jederzeit und überall optimiert bzw. in sich selbst optimierende Systeme einbezogen werden. Diese Eigenschaft aber auf den Menschen zu übertragen, widerspricht zutiefst seinem Wesen und entfremdet ihn von sich selbst.

Die neue Rolle des Menschen im Arbeitsprozess hat durchaus auch ihren Reiz. Die Stechuhr gehört bereits in vielen Arbeitsbereichen der Vergangenheit an. Statt sich auf feste Arbeitszeiten zu verständigen, trifft man häufig 'Zielvereinbarungen'. Wann die Arbeit erledigt wird und in welchem Zeitraum (Termine allerdings gibt es noch!), ist dem Chef häufig egal. Auch der Ort der Arbeit, speziell in der digitalen Arbeitswelt, wird zunehmend beliebig. Beschäftigte haben entsprechend mehr Gestaltungsfreiheit und Eigenverantwortung. Mancherorts kommt es gar zu einem Wettbewerb um die meisten unbezahlten Überstunden. Nicht Gehorsam ist gefragt, sondern

'Kreativität'. Gerade junge, gebildete Menschen der 'Generation Praktika' sehen Ihre Chance in kreativer Entfaltung und sind bereit, dafür Leistungsdruck und Entbehrungen bis hin zum vorübergehenden Lohnverzicht auf sich zu nehmen.

Doch der Grat zwischen 'Selbstverwirklichung' und 'Selbstaussbeutung' ist schmal, und der Übergang von der allseitigen Flexibilität zur Selbstentfremdung und schließlich Selbstaufgabe fließend. Auch führt dieser gesteigerte Individualismus zu menschlicher Isolation und Entsolidarisierung mit den übrigen im gleichen Berufsfeld Tätigen. 'Hochleistungsmitarbeiter' sind zunehmend von Erschöpfung und Depression bedroht, oft verdrängt und verborgen, doch am steigenden Krankenstand klar erkennbar. Auch in dieser Lage scheint 'Selbstoptimierung' angesagt: mit intensivem Training (vom Psychiater betreut) das eigene Selbst schnell wieder fit und einsatzbereit zu machen.

Quellen:

- Baureithel: Innerlich gekündigt – in Der Freitag v. 14.6.2012 (<http://www.freitag.de/autoren/ulrike-baureithel/innerlich-gekündigt>)
- Coen/ Fischermann: Bespaßt und gequält – in Die Zeit v. 25.10.2012
- Gronwald/ Schneyink: Wie uns die Arbeit verführt – in Stern 35/2012
- Sauer: Leistung, die Leiden schafft – in Berliner Zeitung v. 8.8.2012
- Steinfeld: Pionier der Selbstoptimierung – in Süddeutsche Zeitung Magazin, Heft 02/2012
- Väh: Coaching - Maßlose Selbstoptimierung oder sinnvolle Lebenshilfe? 5.08.2012 (<http://mensch-chance.de/blog/coaching-maslose-selbstoptimierung-oder-sinnvolle-lebenshilfe>)
- Welzer: Aus Fremdzwang wird Selbstzwang – in Blätter für deutsche u. international Politik 12/2011

Anmerkung: In dem obigen Beitrag sind Erkenntnisse aus der Diskussion im Lesekreis der Sprach-AG (am 17.09.12 und 19.11.12 im Berliner Attac-Treff) enthalten.

Bildungspolitik (SM 11.01.2012)

[Zurück zur Übersicht](#) (Seite 1)

*In deutsche Bildungseinrichtungen ist ein Schwall von Ausdrücken aus der Unternehmenssprache eingedrungen (→ '**Bildungs-Neusprech**'). Zugleich werden neoliberal inspirierte Konzepte z.B. der → '**ökonomischen Bildung**' und neue Modelle wie die → '**Bürgerschule**' entwickelt. Selbst Forderungen nach einer breiteren Teilhabe an Bildung werden ökonomisch präsentiert – als → '**Investition in Kinder**'. Die Bundesregierung schließlich hat im Widerstreit von dringender Bildungsförderung und beherrschender Kürzungspolitik ein → '**Bildungspaket**' geschnürt, das sich als kaum handhabbar erweist.*

Bildungs-Neusprech (SM 11.01.2012)

[Zurück zur Übersicht](#) (Seite 1)

Die deutschen Bildungseinrichtungen werden seit den letzten Jahren von einem Diskurs erfasst, der sich um Begriffe aus der Welt der 'Kompetenzen', 'Standards' und 'Evaluationen' dreht. Wer nicht rechtzeitig von der Sprache der Lernziele auf die der 'Kompetenzen' umschaltet, gerät früher oder später ins Abseits.

Die genannten Begriffe haben vor allem mit den EU-Rahmenvereinbarungen zu Bildungsabschlüssen und Qualifikationsstufen Einzug gehalten. Damit verknüpft ist eine vorrangige Orientierung auf möglichst messbare Ergebnisse des Bildungsprozesses, den sogenannten 'Output', d.h. marktgängige und transnational vergleichbare Lernergebnisse. Die Gefahr dabei ist,

dass der 'Input' sowie der Lernprozess, also das Erwerben von Wissen und Fähigkeiten, einschließlich gesellschaftspolitischer und kultureller Inhalte, vernachlässigt werden.

Zugleich wandelt sich der Arbeitsstil in den Bildungseinrichtungen. Ob das Fußvolk zur 'Teambildung' angeregt werden soll, ob die mittlere Führungsebene ihre 'Kommunikationsprozesse' 'optimieren' und 'evaluieren' soll, oder ob der 'Inner Circle' des 'Managements' sich in Fragen der Bewertung von Leistungen von einer bewährten 'Fortbildungsteamerin' 'coachen' lässt – merkwürdigerweise begegnen alle Beteiligten immer wieder denselben Methoden. Diese sind auf den ersten Blick inhaltsleer, weil universell anwendbar; sie scheinen praktisch voraussetzungslos und gegen jede Ideologie und jedes politische Ziel neutral zu sein. Tatsächlich geben sie aber die Macht von Personen an Sachen ab. Neue Schlüsselwörter wie 'Qualitätsmanagement', 'Teambildungsprozess', 'Prozess-Coaching', 'Steuerungsgruppe' und 'Evaluation' sind mittlerweile zu einem Steuerungsmedium für Personalauswahl und Karriere geworden.

Die Sprache der Standards und der Erfolgsmessungen stammt, wie bekannt, aus der amerikanischen Unternehmenskultur. Angesichts absehbarer Erschöpfung materieller Quellen hat sich hier die Erkenntnis durchgesetzt, dass die Arbeitskraft bzw. das Personal den einzig verbleibenden Spielraum zur Produktivitätssteigerung bietet. Die Formierung der Arbeitskraft in all ihren Dimensionen, die Manipulation von Haltungen und Einstellungen, die Entfesselung von Ressourcen des Personals ('Humankapital') treibt seit zwei Jahrzehnten die Personal- und Managerschulungen der Konzerne.

Ob die von den 'Global Players' entwickelten Verfahren und Begriffe allerdings zur Schule passen, ist kaum öffentlich diskutiert worden. Und überhaupt muss sich erst erweisen, ob der neue Diskurs nicht nur ein paar Menschen zur Karriere verholfen hat, sondern ob die Menschheit insgesamt mit 'Kompetenz', 'Standardisierung' und 'Evaluation' weiterkommt.

Anmerkung: Die Argumentation dieses Beitrags folgt dem Artikel von Elfferding über "bildungstheoretischen Neusprech" (Quelle s.u.), ergänzt durch einige Aspekte der EU-Politik.

Quellen:

- Ballauf/Dehnbostel: Es geht um Einfluss, Macht und Herrschaft – in Erziehung und Wissenschaft 9/2010, S. 34
- Elfferding: Nach oben offene Bepunktungsskala - in Freitag v. 6.1.11, S. 11
[<http://www.freitag.de/positionen/1101-nach-oben-offene-bepunktungsskala>]
- Odenwald: Schwankendes Fundament – in Erziehung und Wissenschaft 9/2010, S. 32f.

Bildungspaket (SM 26.10.2011)

[Zurück zur Übersicht](#) (Seite 1)

Bildungsförderung in Deutschland tut not: Wie eine aktuelle PISA-Studie belegt, ist in kaum einem anderen vergleichbaren Industrieland der Bildungserfolg eines Kindes so abhängig von der sozialen Herkunft und dem sozialen Umfeld wie in Deutschland. Entsprechend liegt das Recht auf Bildung im Argen, und selbst das Bundesverfassungsgericht forderte in seinem Hartz-IV-Urteil (2010) eine weiterreichende Unterstützung für schulpflichtige Kinder.

Auf massiven Druck der Öffentlichkeit präsentierte die Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen zunächst (2010) ihr minimalistisches Konzept des '**Bildungschips**': ein Gutschein, den Hartz-IV-Empfänger unmittelbar für ausgewählte Leistungen ihrer schulpflichtigen Kinder einlösen können – eine geradezu klassisch neoliberale Lösung: (vermeintlich) unbürokratisch, individuell und ohne Öffentlichkeit. Doch dieses Vorhaben erwies sich als nicht durchsetzbar: Es war viel komplizierter als gedacht und vor allem politisch umstritten, nicht zuletzt wegen seiner Begrenzung auf Hartz-IV-Kinder.

Zwischen Regierungskoalition und Opposition wurde schließlich (Februar 2011) ein **'Bildungspaket'** ausgehandelt - für 2,5 Millionen Kinder und Jugendliche aus Familien, die Hartz IV oder andere Sozialhilfe empfangen. Die Bezeichnung 'Paket' deutet auf ein komplettes Förderangebot für die 'Bildung' – doch was ist enthalten? Unterstützung soll es für warmes Mittagessen, eintägige Klassenfahrten (€30 pro Jahr), Mitgliedsbeiträge für bestimmte Freizeitaktivitäten, z.B. in Musikschulen und Sportvereinen (insgesamt €10 pro Monat), und für Lernförderung geben. Das 'Paket' offenbart sich somit als ein Auswahlmenü, das auf kleinste Portionen sozial-kultureller Förderung zugeschnitten ist, wobei nur die Lernförderung unmittelbar auf den Bildungserwerb zielt.

Das 'Bildungspaket' wird, insbesondere von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), nicht nur wegen seiner unzureichenden finanziellen Ausstattung als "Mini-Päckchen" kritisiert, sondern auch als "Bürokratie-Monster". Zum Beispiel wird die 'Lernförderung', in Form von Nachhilfeunterricht, in ein Korsett von Einzelregelungen gesteckt, die viele Förderbedürftige bzw. -willige ausbremsen: Nur in Ausnahmefällen (Versetzungsgefahr) kann auf Antrag der Eltern und mit Beurteilung des Lehrers über Förderchancen des einzelnen Schülers befunden werden. Diese Prozedur überfordert die für das 'Bildungspaket' verantwortlichen 'Jobcenter', setzt die – ohnehin unter Personalkürzungen leidende – Lehrerschaft unter zusätzlichen Druck und wird viel zu spät als Hilfe für die Betroffenen wirksam.

Wem aber kommen die staatlichen Nachhilfegelder, ebenso wie die Mitgliedsbeiträge, zugute? Nicht den Schulen, sondern privaten Institutionen – ganz im Sinne neoliberaler Politik. Und die Kinder, die letztlich eine Förderung erfahren, werden weniger die sozial am schlechtesten Gestellten sein, sondern vielmehr der bildungsbewussten und 'bürokratiekundigen' Mittelschicht angehören. So wäre es anstelle des kärglichen und kaum handhabbaren 'Bildungspakets' viel sinnvoller, wie die GEW betont, das Geld für bedürftige Kinder direkt in den Ausbau von Kitas und Ganztagschulen zu stecken, denn in diesen Einrichtungen kann am nachhaltigsten soziale Bildungsförderung betrieben werden.

Quellen:

- Kleinhubbert: Gutscheine für Jimmy – in Spiegel 36/2011, S. 38f.
- Loewe: Das Bürokratie-Monster – in Erziehung und Wissenschaft 5/2011; Zehn Euro für alles - in Erziehung und Wissenschaft 11/2010 [http://www.gew.de/Hartz-IV-Bildungspaket_grosser_Aufwand_fraglicher_Ertrag.html]
- Roitsch: Grundrechte – nur gegen Bezugsschein – in Blätter für deutsche und internationale Politik 2/2011, S. 29-32
- Was bringt das Bildungspaket? - in Deutschland aktuell Nr. 1/ 2011

Bürgerschule (SM 26.10.2011)

[Zurück zur Übersicht](#) (Seite 1)

Ein neues Schlagwort taucht in der deutschen Bildungsdebatte auf: die 'Bürgerschule'. Ein verheißungsvoller Name, der nach Gemeinsinn und Selbstbestimmung klingt - scheinbar abgehoben von dem Wirrwarr an vorhandenen Schultypen und jenseits der alten Grabenkämpfe um das gegliederte System und die Gesamtschule. Doch wie sieht das Konzept einer zukünftigen 'Bürgerschule' aus?

Das Modell für diesen neuen Schultyp stammt von den 'Charter Schools' in den USA. Das sind Privatschulen, die komplett vom Staat finanziert werden. Zu den Betreibern gehören Universitäten, Lehrer, Eltern und 'Philantropen' ebenso wie Hedgefonds-Manager und kommerzielle Unternehmen. Die 'Charter Schools' sollen – in Konkurrenz zu den öffentlichen Schulen – bildungsbestrebte Schüler anziehen und damit den institutionellen Wettbewerb im Schulwesen

ankurbeln. Als autonome Einrichtungen bestimmen sie, wie der Lehrplan aussieht. Sie haben zudem das Recht, Lehrkräfte zu heuern und zu feuern. Wer sich dagegen wehrt, wie die amerikanischen Lehrergewerkschaften, wird von der Charter-School-Lobby bekämpft.

In Deutschland sprechen neoliberale Bildungsreformer lieber von der 'Bürgerschule'. Das Wort 'Bürger' lässt Gedankenverbindungen z.B. zum angesehenen 'Bildungsbürgertum' oder zum Sozialmodell der 'Bürgerversicherung' aufkommen, rückt also Persönlichkeitswerte und Eigenständigkeit ins Blickfeld. In diesem Sinne wird auch argumentiert: "Eine dynamische Bürgergesellschaft braucht eine Bürgerschule, in der Lehrer, Eltern und Schüler ihre Angelegenheiten selbst regeln." (Lindner/ Schneider). Doch im Kern geht es bei der 'Bürgerschule', genauso wie bei den 'Charter Schools', um institutionelle Unabhängigkeit vom öffentlich kontrollierten Bildungswesen.

So fordert z.B. die Berliner FDP, die Organisation aller öffentlichen Hauptstadt-Schulen auf freie Träger wie Vereine, Stiftungen oder Kirchen zu übertragen. Die so entstehende 'Bürgerschule' würde Budgetfreiheit, Personalfreiheit und Gestaltungsfreiheit erhalten. 'Freiheit' der Schulen in diesem neoliberalen Sinn hieße *Unabhängigkeit* von staatlichen Vorgaben beim Einsatz der finanziellen Mittel, bei der Einstellung, Bezahlung und Entlassung von Lehrkräften und bei der Ausgestaltung des Bildungsprogramms, aber zugleich *Abhängigkeit* von den Entscheidungen und Interessen der jeweiligen Träger.

Für 'selbstständige, von Bürgern getragene Schulen' setzt sich auch die Stiftung Zukunft Berlin ein, zu deren Förderern die Commerzbank, die Unternehmensberatung KPMG sowie ein Pharmaunternehmen zählen. Auch der Gesamtverband des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, der viele Privatschulträger vertritt, plädiert bundesweit für die 'Bürgerschule' und verlangt, dass Schulen aus 'zentralistischen Verwaltungsstrukturen' (*sprich: aus dem 'staatlichen Schulwesen'*) herausgelöst und 'gemeinnützige Schulträgerschaften' (*also Trägerschaft von Vereinen, Stiftungen oder Unternehmen*) gefördert werden sollten.

Widerspruch gegen die 'Bürgerschule' meldet vor allem die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft an. Sie nennt das eigentliche Problem: die Unterfinanzierung der Schulen, und warnt vor der neoliberalen Strategie, das öffentliche Bildungswesen materiell auszutrocknen, um den Weg für den Systemwechsel, für die umfassende Privatisierung zu bereiten.

Quellen:

- Holland-Letz: "Arenen des Leistungswettbewerbs" - Diane Ravitchs fulminante Kritik an den marktnahen US-Schulreformen - in Erziehung und Wissenschaft 11/2010, S. 26-27 [http://gew.de/Ravitchs_Kritik_an_den_marktnahen_US-Schulreformen.html]
- Holland-Letz: Kommt die deutsche Charter School? Wie Neoliberale und Stiftungen den Umbau der öffentlichen Bildung betreiben - in Erziehung und Wissenschaft 6/2011, S. 20 [<http://www.arge.schule-hamburg.de/Archiv/STIPrivatisierung.html>]
- Lindner/ Schneider: Wir brauchen eine moderne und offene Bürgerschule – in Welt Online v. 15.02.2011 [<http://www.welt.de/debatte/kommentare/article12550513/Wir-brauchen-eine-moderne-und-offene-Buergerschule.html>]

Investition in Kinder (SM 23.11.2011)

[Zurück zur Übersicht](#) (Seite 1)

"Wenn wir nicht schlauer in Kinder investieren, verschleudern wir ein Vermögen" – so heißt es in einem Artikel*), der für stärkere Unterstützung der Vorschulerziehung plädiert. Dieses Thema ist gerade in der gegenwärtigen Diskussion um Ausweitung der Kitas brisant. Anknüpfend an ein pädagogisches Experiment (Perry Preschool) in den USA wird nachgewiesen, dass frühzeitige Förderung von Kindern vorrangig in sozialen Problemgebieten positive Wirkung zeitigt. Dieses Anliegen leuchtet beim flüchtigen Lesen des Artikels sofort ein.

Wie wird nun der Sinn dieses Experiments näher begründet? Worin soll dessen positive Wirkung bestehen? Aus amerikanischer Sicht wird zunächst zitiert, dass dieses Experiment "*lohnender* sei als jede andere Sozialpolitik", "*hilfreich* für die Kinder und *extrem lohnend* für Staat und Gesellschaft", dass "die Gesellschaft für jeden Dollar, der dort *investiert* wurde, bis zu 16 Dollar *gespart* hat, weil die Kinder später besser in der *Schule* abschneiden, bessere *Jobs* finden und seltener im *Gefängnis* landen" (Hervorhebungen S.M.). Unverkennbar ist hier der bildungsökonomische Ansatz, der die Bildungsdiskussion in den USA prägt – schlicht ausgedrückt: Bildung muss sich rechnen, und zwar für den Einzelnen (erfolgreicher Bildungsabschluss), die Wirtschaft (qualifizierte Arbeitskräfte) und die Gesellschaft (weniger Kriminalität).

Im Artikel geht es allerdings um Anregungen für die Bildungsdebatte in Deutschland. Dazu werden zusammenfassend folgende Argumente gebracht: "Kinder aus den schwierigsten Familien brauchen die beste Unterstützung"; wer für diese "exzellente Kindergärten schafft, macht sich verdient um die ganze Gesellschaft": "es dient dem sozialen Frieden" (weniger Kinder landen später im Gefängnis); "es dient dem Budget des Staates" (weniger Anwärter auf Trainingsmaßnahmen für Arbeitslose); "es dient der wirtschaftlichen Prosperität" (Nachschub von qualifizierten Arbeitskräften), und "es dient der politischen Stabilität der Republik" (weniger frustrierte, kriminelle Jugendliche).

Diese Argumentation wirkt schlüssig, weil sie konkrete und täglich zu erlebende Probleme anspricht. Und sie ist ohne Zweifel zugkräftig für politische Entscheidungsträger. Doch zugleich vermittelt sie – mit wiederkehrenden, einprägsamen Begriffen - ein Kosten-Nutzen-Denken, das kritisch zu hinterfragen ist: *Lohnt* sich Erziehung nur, wenn sie dem "*sozialen Frieden*", der "*wirtschaftliche Prosperität*" und "*der politischen Stabilität*" *dient*? Und sind Kinder vor allem eine "*Investition*" bzw. ein "*Vermögen*", das es nicht zu "*verschleudern*" gilt? Wird das Denken in solche neoliberalen Bahnen gelenkt, geht leicht der Sinn für Kindererziehung als Menschenrecht, Lebens- und Arbeitschance und gesellschaftliches Gut verloren.

*) Berth: Doppelter Ertrag – in Freitag v. 15.9.11, S. 6 (Wochenthema: "Geld oder Leben – Wenn wir nicht schlauer in Kinder investieren, verschleudern wir ein Vermögen")

Anmerkung: In dem obigen Beitrag sind Erkenntnisse aus der Diskussion des Berth-Artikels im Lesekreis der Sprach-AG (am 21.11.11 im Berliner Attac-Treff) enthalten.

Ökonomische Bildung (SM 26.10.2011)

[Zurück zur Übersicht](#) (Seite 1)

"Ökonomische Bildung in allgemeinbildenden Schulen" heißt eine Studie*), die im Auftrag von Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbänden erstellt wurde und für eine kritische Diskussion u.a. in der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) gesorgt hat. In der Studie, im Oktober 2010 auf einer Bundespressekonferenz vorgestellt, fordern Wirtschaftsdidaktiker und -pädagogen, ein eigenständiges Fach Ökonomie an allgemeinbildenden Schulen einzuführen. Was verbirgt sich hinter diesem Ruf nach 'ökonomischer Bildung'?

Problematisch ist vor allem der Ansatz in der Studie, den Ökonomieunterricht auf betriebswirtschaftliches und unternehmerisches Denken und damit auf neoliberale Ideologie zu verengen. Die jungen Menschen sollen akzeptieren lernen, dass die Ökonomisierung der Gesellschaften voranschreite und dass der Markt die Ressourcen am besten verteile. Betont wird die Bedeutung des 'Pionierunternehmers', wenn es um Innovation und Forschung geht. Hingegen wird die wichtige Rolle des Staates bei Forschung und Entwicklung gar nicht erwähnt. In den Mittelpunkt tritt ein neoliberales Menschenbild: effizient, kühl kalkulierend, darauf bedacht, für sich die größtmöglichen Vorteile herauszuholen.

Tatsächlich ist der Einfluss von Unternehmen auf die Schule schrittweise gewachsen, vor allem über Unterrichtsmaterialien, die von Firmen kostenlos bereitgestellt werden. Wirtschaftsunterricht an vielen Schulen wird z.B. mit Börsenspielen und Einüben von Unternehmerverhalten in Schülerfirmen gestaltet. Mit der Studie kündigt sich der nächste Vorstoß an: Aus unternehmerischer Perspektive soll ein "Kompetenzmodell für die ökonomische Allgemeinbildung" (siehe Bundespressekonferenz) publik gemacht werden.

Stattdessen gilt es, wie Experten der GEW erklären, 'ökonomische Bildung' sinnvoll in Gesellschaft, Natur und Politik einzubetten, beispielsweise als Teil der Sozialkunde, Wirtschaftskunde oder Arbeitslehre an den Schulen. Es geht um Ausbildung von Kritikfähigkeit und um Orientierungswissen (was Jugendliche wissen müssen, um sich in dieser Welt der Umbrüche zurechtzufinden). Wirtschaft sollte deshalb in einem gemeinsamen Fach mit politischer Bildung unterrichtet werden. Nur so ließe sich Wirtschaft als von Menschen gestaltbar vermitteln.

*) Retzmann/ Seeber/ Remmele/ Jongebloed: Ökonomische Bildung an allgemein bildenden Schulen, im Auftrag des Gemeinschaftsausschusses der Deutschen Gewerblichen Wirtschaft, Essen/ Lahr/ Landau/ Kiel, 2010

Quellen:

- Bundespressekonferenz (6.10.2010): Ökonomische Bildung von Schülerinnen und Schülern – Neue Konzepte für den Wirtschaftsunterricht. [<http://www.wida.wiwi.uni-due.de/>].
- Holland-Letz: "Erpicht auf ökonomisches Denken": Ökonomie-Unterricht an Schulen – in Erziehung und Wissenschaft 6/2011, S. 22 [http://www.gew.de/Oekonomie-Unterricht_an_Schulen.html].
- Holland-Letz: "Nicht nur ein homo oeconomicus": Interview mit dem Wirtschaftswissenschaftler Gerd-E. Famulla – in Erziehung und Wissenschaft 4/2011, S. 27 [http://www.gew.de/Nicht_nur_ein_homo_oeconomicus.html]

Einwanderungspolitik (SM 16.12.2010; 26.1.2011)

[Zurück zur Übersicht](#) (Seite 1)

Debatten um die Einwanderung sind im Herbst 2010 durch die Polemik von Thilo Sarrazin) ausgelöst worden. Es geht dabei um Probleme, die maßgeblich durch neoliberale Politik verschärft worden sind, u.a. durch das Zurückfahren des Sozialstaates, die zielgerichtete Entsolidarisierung der Gesellschaft und die Vernachlässigung überfälliger Integrationsmaßnahmen. Davon zeugen die Wortmeldungen aus der schwarz-gelben Koalition über die sogenannten → **'Integrationsverweigerer'**, die Zuwanderer aus anderen → **'Kulturkreisen'** und die angeblich gescheiterte multikulturelle Idee → **'Multikulti ist tot'**. Vorrangig soll hingegen die Einwanderung im arbeitsmarktpolitischen Interesse gesteuert werden.*

*) Sarrazin: Deutschland schafft sich ab. Wie wir unser Land aufs Spiel setzen. DVA 2010

Integrationsverweigerer (SM 17.1.2011; 19.1.2011)

[Zurück zur Übersicht](#) (Seite 1)

Auf dem 4. Integrationsgipfel des Kanzleramtes (3.11.10), unter dem Motto 'Fordern und Fördern' einberufen, wurde darüber gestritten, wie man mit Migranten verfahren wolle, die sich den Integrationsangeboten verweigern. Damit sind die sogenannten 'Integrationsverweigerer' ins Rampenlicht der Kritik gerückt worden. Davor hatte schon Horst Seehofer (CSU) gefordert, die 'Integrationsverweigerer' härter anzupacken. Die Kanzlerin Angela Merkel kündigte auf dem Integrationsgipfel an, dass Integrationsverweigerung künftig stärker sanktioniert werde. Und der Bundesinnenminister Thomas de Maizière erklärte kurz darauf, er wolle erweiterte Abschiebemöglichkeiten für 'integrationsunwillige Ausländer' prüfen.

Hinter anscheinend klaren Worten verbergen sich indes unklare Tatsachen mit fragwürdigen Belegen. Laut Thomas de Maizière sind etwa 10 bis 15 Prozent der Migranten in Deutschland 'Integrationsverweigerer'. Diesen Angaben liegen einige willkürlich ausgewählte und unzusammenhängend interpretierte Untersuchungen zugrunde, u.a. über Nicht-Teilnehmer an verbindlichen Integrationskursen, Migranten mit einem 'integrationshemmenden Religionsverständnis' und Migranten in 'parallelgesellschaftlichen Strukturen'. Demgegenüber belegt z.B. eine neuere Untersuchung deutliche Fortschritte in der Integration von Migranten*).

Indem aber die Politik um diese Minderheit angeblicher Verweigerer kreist, wird das Problem aufgebauscht und das gesamte Integrationsthema negativ aufgerollt. Beispielsweise behauptete Thomas de Maizière (25.10.10), der besonders in Berlin anzutreffende 'mäßige Integrationswille' sei auf → '[Multikulti](#)-Illusionen' und die 'starke Ausprägung von Parallelgesellschaften' in dieser Stadt zurückzuführen.

Kritiker halten dagegen, dass mit dieser Debatte von grundlegenden Fragen abgelenkt werde. Um die Integration voranzubringen, sei es dringend geboten, Deutschland offiziell als Einwanderungsland anzuerkennen. Stattdessen fallen reihenweise Integrationsmaßnahmen dem Sparzwang zum Opfer, u.a. sind ausgerechnet Integrationskurse für Migranten und Flüchtlinge sowie das Programm "soziale Stadt" (Hilfe für Problemkietze) von Kürzungen bedroht. Und zigtausend Integrationswillige stehen auf der Warteliste, um einen Deutschkurs besuchen zu können.

Die 'Integrationsverweigerer' werden als vermeintliche Verursacher eines in Wirklichkeit ungelösten gesellschaftspolitischen Problems erklärt, ähnlich wie zuvor die 'Ausländer'. Das Besondere an dem neuen Schlagwort ist jedoch, dass es eine persönliche Verantwortung ausdrückt: der 'sich selbst Verweigernde'. Hier spiegelt sich ein neoliberales Konzept der Eigenverantwortung des Individuums wider, das implizit die Gesellschaft der Verantwortung enthebt (Beispiel → der '[eigenverantwortliche Versicherte](#)'). Beim 'Integrationsverweigerer' wird dieses Muster zudem negativ verwandt - im Sinne einer Schuldzuweisung.

Quellen:

- de Maizière (Interview): Fehlentwicklung so nur in Berlin – in Tagesspiegel v. 25.10.10 [<http://www.tagesspiegel.de/politik/fehlentwicklung-so-nur-in-berlin/1966464.html#oma>]
- Özoguz: Integration braucht Deutschkurse – Welt-Online v. 6.12.10 [http://www.welt.de/print/die_welt/hamburg/article11417966/Integration-braucht-Deutschkurse.html]
- Seehofer: Kampfansage an Schmarotzer und Zuwanderer – in: Focus Online v. 9.10.10 [http://www.focus.de/politik/deutschland/horst-seehofer-kampfansage-an-schmarotzer-und-zuwanderer_aid_560515.html]
- Terkassidis: Container der Unzufriedenheit - in Freitag v. 28.10.10, S. 4
- Tichomirowa: Der Irritationsgipfel – in Berliner Zeitung v. 4.11.10, S. 5
- Thomsen: Wowereit wirft Innenminister Polemik vor - in Berliner Zeitung v. 27.10.10

Verweis:

*) Bertelsmann-Studie: Migranten besser integriert als angenommen – in FinanzNachrichten.de v. 22.12.10 [<http://www.finanznachrichten.de/ausdruck/2010-12/18902240-bertelsmann-studie=-migranten-besser-integriert-als-angenommen-003.htm>]

PS:

Der Begriff 'Integrationsverweigerer' verfehlte nur knapp den Wettbewerb um das "Unwort des Jahres 2010" (Harmsen: Das Basta der Merkel-Regierung – in Berliner Zeitung v. 19.1.11, S. 1)

Kulturkreis (SM 16.12.2010; 16.1.2011)

[Zurück zur Übersicht](#) (Seite 1)

Horst Seehofer ist es gelungen, ein längst überholtes Konzept wieder in den Diskurs über die

Migration einzuführen: „Es ist doch klar, dass sich Zuwanderer aus anderen Kulturkreisen wie aus der Türkei und arabischen Ländern insgesamt schwerer tun. Daraus ziehe ich auf jeden Fall den Schluss, dass wir keine zusätzliche Zuwanderung aus anderen Kulturkreisen brauchen.“

Die Lehre von den Kulturkreisen wurde maßgeblich von der Wiener Schule der Völkerkunde Anfang des 20. Jahrhunderts entwickelt. Sie erfanden den Begriff des 'Urkulturkreises', den man sich monotheistisch, monogam und patriarchalisch vorstellen sollte - als wertvollsten aller Kulturkreise, aus dem alle anderen hervorgingen. Die Nationalsozialisten griffen dieses Vokabular für ihre Rassentheorie auf. Die Kulturkreislehre wurde jedoch in späteren Jahren zunehmend massiver Kritik ausgesetzt – als alternativer Begriff setzte sich der 'Kulturraum' durch.

Erneut entfachte sich die Debatte um 'Kulturkreise' mit Erscheinen des Buches "Kampf der Kulturen" (1993) von Samuel Phillips Huntington (US-Politikwissenschaftler) – u.a. zu dessen These, dass die Weltpolitik des 21. Jahrhunderts von Konflikten des westlichen Kulturkreises mit dem chinesischen und dem islamischen Kulturkreis bestimmt sein werde. Aufschlussreich ist hier die Wortfügung 'westlicher' Kulturkreis anstelle von 'christlich': 'westlich' steht bei Huntington für rational, aufgeklärt, säkularisiert. Für den Westen wird 'Religion' durch 'Kultur' ersetzt, um über die religiöse Grundierung hinwegzutäuschen.

Im gegenwärtigen Diskurs über Migration wird 'Kultur' in einen arbeitsmarktpolitischen Zusammenhang gestellt, d.h. in ein zentrales Interessenfeld neoliberaler Politik. Bei Seehofers Ausspruch geht es um die 'Integrationsfähigkeit' von Zuwanderern, speziell Arbeitskräften, in Abhängigkeit von ihrer Herkunft. Die genannten Länder (Türkei und arabische Länder) stehen – unausgesprochen – für den islamischen 'Kulturkreis'. Dabei ist die Bemerkung, dass sich Zuwanderer dieser Herkunft 'schwerer tun', an sich eher schonend und verhüllend als bloßstellend, doch die unvermittelte Schlussfolgerung, dass sie daher 'nicht gebraucht' werden, lässt das Urteil hart und abwertend wirken.

Noch eine Botschaft ist im Begriff des 'Kulturkreises' verborgen: Mit dem Wort 'Kreis' wird – in der Tradition dieser Debatte - etwas in sich Geschlossenes, nur aus sich selbst heraus Erklärbares bezeichnet, das sich weder nach außen (oder für andere Kreise) öffnet noch von außen verändern lässt. Ethnologisch verbrämt, heißt das nichts anderes als 'draußen bleiben!'. In diesem Verständnis bietet sich der 'Kulturkreis' als ein griffiges Konzept nicht zuletzt für die neoliberale Argumentation an: Mit dem scheinbar unabänderlichen Wesen von 'Kulturkreisen' können beliebige Forderungen nach gesellschaftlicher Integration oder Überwindung der Benachteiligung von Migranten weggewischt werden.

Quellen:

- Kampf der Kulturen - in Wikipedia: http://de.wikipedia.org/wiki/Kampf_der_Kulturen
- Kulturkreis - in Wikipedia: <http://de.wikipedia.org/wiki/Kulturkreis>
- Nutt: Wortmonster im Kulturkampf – in Berliner Zeitung v. 12.10.10
- Schuster: Von Horst Seehofer bis Samuel Huntington – in Freitag v. 14.10.10, S. 1.
- Seehofer: Kampfansage an Schmarotzer und Zuwanderer – in: Focus Online v. 9.10.10 [http://www.focus.de/politik/deutschland/horst-seehofer-kampfansage-an-schmarotzer-und-zuwanderer_aid_560515.html]

Multikulti ist tot (SM 17.1.2011; 19.1.2011)

[Zurück zur Übersicht](#) (Seite 1)

Auf dem Deutschlandtag der Jungen Union (16./17.10.2010) äußerte Horst Seehofer einen inzwischen viel zitierten Spruch: "Multikulti ist tot" - ganz im populistischen Stil Sarrazins*), und Angela Merkel pflichtete ihm mit der schon bekannten Behauptung "Multikulti ist gescheitert" bei. Dieser These wurde u.a. von Renate Künast (Bündnis 90/ Die Grünen) entgegengehalten, dass

Multikulti nun mal die Realität sei und man nicht einfach die Wirklichkeit für gescheitert erklären könne. Was verbirgt sich hinter dieser Debatte – abgesehen von parteipolitischem Kalkül und Wahlkampfretorik?

Unklar ist, wieweit sich 'Multikulti' im Urteil von Seehofer und Merkel unmittelbar auf die multikulturelle Realität bezieht – die Verschiedenheit von Lebensweisen, Herkunft, Sitten und ästhetischen Vorlieben – oder auf die entsprechende gesellschaftspolitische Einstellung, die Idee des Multikulturalismus. Letztere schließt die Respektierung ethnischer und kultureller Traditionen im gesellschaftlichen Zusammenleben ein und steht dem Gedanken einer dominanten Nationalkultur entgegen. Der Nachsatz von Horst Seehofer, die 'deutsche Leitkultur' werde bestimmt von der 'christlich-jüdischen Wertetradition' (siehe → '[Kulturkreis](#)') und vom Humanismus, hat genau diese Stoßrichtung.

Mit der gegenwärtigen destruktiven Debatte werden viele tatsächlich erreichte Fortschritte im multikulturellen Zusammenleben – vor allem seit dem ersten Integrationsgipfel 2006 – in den Hintergrund gedrängt. Wie Rita Süßmuth, ehemalige Vorsitzende der Zuwanderungskommission (2000), bemerkte, fallen wir zurück in alte Schemata mit plakativen Slogans. Schon in früheren Kontroversen diente 'Multikulti' als politisches Schlagwort, um eine angenommene oder tatsächliche multikulturalistische Ideologie des Gegenübers abwertend zu kommentieren.

Der Ausspruch 'Multikulti ist tot' vermittelt – über diesen politischen Bezug hinaus – auch emotionale Botschaften. Ursprünglich schwingt in dem Kurzwort 'Multikulti' ein leichtes Lächeln mit, das eher die positiven Empfindungen (Lockerheit und Ungezwungenheit) dieser Bewegung widerspiegelt. Doch im Kontext der Ablehnung wird daraus eine Lächerlichkeit, noch verstärkt durch die ungewöhnliche Wortfügung 'ist tot' (üblicherweise auf Lebewesen und nicht Sachverhalte bezogen).

Mit dem Urteil 'Multikulti ist tot' bzw. 'gescheitert' wird das ganze Konzept verworfen und zugleich die Verantwortung, sich mit dieser komplexen Problematik konstruktiv auseinanderzusetzen, beiseitegeschoben. Das wahre Problem ist ja nicht die Anerkennung der Vielfalt unserer Gesellschaft, sondern die offensichtliche Schwäche der Kräfte und Regeln, die die Gesellschaft zusammenhalten. Doch eine solche Problemsicht passt nicht in den engen Rahmen neoliberaler Politik, die sich vor allem auf die Steuerung der Einwanderung im arbeitsmarktpolitischen Interesse richtet.

Quellen:

- Jähner: Die Desintegrationsdebatte – in Berliner Zeitung v. 5.11.10, S. 4
- Karakasoglu: Multikulti lebt - in Freitag v. 21.10.10, S.1
- Lißmann: Seehofer erklärt Multikulti für tot – in Zeit Online v. 16.10.10
[<http://www.zeit.de/politik/deutschland/2010-10/seehofer-multikulti-junge-union>]
- Multikulturalismus – in Wikipedia: <http://de.wikipedia.org/wiki/Multikulturalismus>
- Süßmuth: Wir fallen zurück in alte Schemata - in Freitag v. 11.11.10, S. 4

Verweis:

*) Sarrazin: Deutschland schafft sich ab. Wie wir unser Land aufs Spiel setzen. DVA 2010

Gesundheitsreform (SM 27.09.2010)

[Zurück zur Übersicht](#) (Seite 1)

Ein Ausgangspunkt der gegenwärtigen Gesundheitsreform war die Forderung der CDU (2003) nach einer → '[Kopfpauschale](#)'. Die schwarz-gelbe Koalition (ab 2009) knüpfte an dieses Konzept mit dem moderateren Schlagwort der → '[solidarischen Gesundheitsprämie](#)' an, ohne das Ziel

einer Kostenverlagerung auf die Versicherten aufzugeben. Flankiert wurde dieses Vorhaben von der Propagierung des → '[eigenverantwortlichen Versicherten](#)', verbunden mit neoliberalen Vorstellungen von der → '[Eigenverantwortung für die Gesundheit](#)'. Die praktische Umsetzung der Reform begann 2010 mit der Einführung des → '[Zusatzbeitrages](#)', der in begrifflicher Tarnung den Weg zu einer Pauschale bereiten sollte. Begleitet wurde diese Umgestaltung des Beitragssystems von einem zunehmenden Einfluss der Pharmaindustrie auf die Preisgestaltung für Medikamente u.a. durch Zugriff auf die Kriterien der → '[Arzneimittelbewertung](#)'.

Arzneimittelbewertung (SM 20.09.2010)

[Zurück zur Übersicht](#) (Seite 1)

Die Bewertung des Nutzens von Arzneimitteln auf dem deutschen Markt – kurz: 'Arzneimittelbewertung' oder auch 'Nutzenbewertung' – ist ein hart umkämpftes Unterfangen. Ausgangspunkt war die Einrichtung (2003) des unabhängigen Instituts für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen (Iqwig) unter Leitung des renommierten Mediziners Peter Sawicki.

Die Arzneimittelbewertung des Instituts unterlag anfangs konsequent medizinischen Kriterien – mit dem Ergebnis, dass Arzneimittel teilweise als nutzlos eingestuft wurden. Dagegen forderte die Pharmaindustrie, dass die Arzneimittelbewertung auch 'volkswirtschaftlich' (d.h. im Interesse ihrer Profite) anzugehen sei. Untersetzt wurde dieses Verlangen mit den üblichen verhüllenden Argumenten: Der medizinische Nutzen müsse in Bezug zu den 'Arbeitsplätzen' und den 'Standortinteressen' gesetzt werden.

Unter dem starken Druck der Pharmalobby schwenkten maßgebliche Politiker auf Bund- und Länderebene ab 2006 auf die Kompromissformel ein, "Gesundheitspolitik und Wirtschaftspolitik stärker zu verzahnen". Mit dieser Formel wurde der eigentliche Widerstreit zwischen medizinischen und profitgeleiteten Interessen auf eine unangreifbar allgemeine Ebene gehoben. Ähnlich neutral formuliert folgte der Beschluss (Anfang 2009), die Arbeit des Instituts zur Arzneimittelbewertung "neu zu ordnen" (eingeleitet mit der Entlassung von Sawicki).

Dieser Strategiewechsel wird von der gegenwärtigen schwarz-gelben Koalition mit der 'Neuordnung des Arzneimittelmarktes' gesetzlich untermauert. Im Klartext ergibt sich eine Umdeutung des Begriffs 'Arzneimittelbewertung': Die Kriterien, ursprünglich rein medizinisch begründet, werden künftig unter politisch-wirtschaftlichen Gesichtspunkten festgelegt. Damit hat die Pharmaindustrie, über gezielte Lobbyarbeit, Zugriff auf die wissenschaftlichen Kriterien erlangt und kann die Arzneimittelbewertung nach ihren Vorstellungen steuern.

Quelle:

Baumann: Im Auftrag ihrer Industrie: Wie die Pharmalobby die Politik in die Tasche steckt - in Berliner Zeitung v. 11./12.9.10, S. 13.

Eigenverantwortlicher Versicherter (SM 16.10.2010)

[Zurück zur Übersicht](#) (Seite 1)

Nach den Vorstellungen des Gesundheitsministers Rösler sollte der angestrebte Wettbewerb in der Krankenversicherung mit größerer Wahlfreiheit für Patienten und Versicherte einhergehen. In seiner gesundheitspolitischen Erklärung (2009) propagierte er den 'eigenverantwortlichen Versicherten' - ebenso wie den 'aufgeklärten und mündigen Patienten' - als neuen Akteur.

Die neue Rolle des Versicherten war bereits in einem Beitrag der Bertelsmann Stiftung zum Gesundheitsmodernisierungsgesetz von 2004 wie folgt umrissen worden: "Gesucht wird ein

Versicherter, der eigenverantwortlich abwägt und entscheidet, welches Versicherungs- und Versorgungsangebot zu welchem Preis seinen Präferenzen und seiner Zahlungsbereitschaft entspricht". Das Problem dieses marktpolitischen Ansatzes liegt darin, dass er die gesundheitliche Ungleichheit, die sich aus der sozialen Lage ergibt, nahezu völlig ausblendet.

Mit den ersten Beschlüssen von 2010 zur Reform der Krankenversicherung soll nun der 'eigenverantwortliche Versicherte' in Aktion treten: Im Wettbewerb der Krankenkassen, entfacht durch den neuen → [Zusatzbeitrag](#), soll er sich die für ihn kostengünstigste Krankenkasse suchen. Die weiterhin angestrebte Ausweitung des 'Vorkasse'-Tarifs (Vorauszahlung und nachträgliche Erstattung von Arzthonoraren) auf gesetzliche Krankenkassen soll bewirken, dass der 'mündige Patient' durch kostenbewusstes Verhalten die Ausgaben im Gesundheitswesen bremsen hilft.

Besonders die letztere Vorstellung trifft in der öffentlichen Diskussion auf Kritik: Was heißt 'mündig' im Zusammenhang mit Gesundheit? Medizinisch Notwendiges von Unnützem zu unterscheiden, ist für die Allermeisten unmöglich. Aber auch eine 'eigenverantwortliche' Wahl zwischen Versicherungsangeboten dürfte zumindest für sozial-kulturell Benachteiligte illusorisch sein.

Quellen:

- Bertelsmann Stiftung (Hg.): Eigenverantwortung. Ein gesundheitspolitisches Experiment. Gütersloh 2004, S. 14
- Rösler: Aussprache zur Regierungserklärung der Kanzlerin, 12.11.09. - in Schattenblick (<http://www.schattenblick.net/infopool/politik/fakten/pfred792.html>)
- Szent-Ivanyi: Zauberwort Zusatzbeitrag/ Zulasten des Patienten; Erstmals zahlt der Patient - in Berliner Zeitung v. 22.9.10; 30.9.10
- Volke: Das Konzept 'Eigenverantwortung' und die Individualisierung der Gesundheitsprävention – In: Wernicke, Bultmann (Hg.): Netzwerk der Macht - Bertelsmann. Der medial-politische Komplex aus Gütersloh. Forum Wissenschaft 2007; S. 211-223

Eigenverantwortung für die Gesundheit (SM 24.10.2010)

[Zurück zur Übersicht](#) (Seite 1)

Bereits Schröder hatte 'mehr Eigenverantwortung' zum 'Codewort' für das Gesundheitswesen erhoben (2003). Im Gesundheitsmodernisierungsgesetz von 2004 wurde dieses neoliberale Konzept verankert. Im Kern ging es dabei um folgende gesundheitspolitischen Ziele: eine höhere finanzielle Eigenbeteiligung der Individuen, die Stärkung von Marktstrukturen im Gesundheitswesen und die Erhöhung individueller Verantwortung für das eigene Gesundheitsverhalten.

Während die ersteren beiden Ziele im Konzept des → '[eigenverantwortlichen Versicherten](#)' ihren Ausdruck finden, ist die 'höhere Eigenverantwortung für die Gesundheit' vielschichtiger angelegt. An sich ist die Verantwortung für die eigene Gesundheit eine positive und durchaus einleuchtende Vorstellung. Bei der neoliberalen Gesundheitsreform geht es jedoch darum, unter dem Stichwort 'Eigenverantwortung' den Staat und die Gemeinschaft von ihrer Verantwortung (vor allem Kosten!) im Bereich der Gesundheitsfürsorge zu entlasten. Eigenverantwortung wird damit zum Synonym für Entsolidarisierung.

Praktisch zielt die 'Eigenverantwortung' vorrangig auf die Individualisierung der Gesundheitsvorsorge (Prävention). Auch das klingt zunächst plausibel: "Bessere Vorsorge, vernünftiges und gesundheitsbewusstes Verhalten nützt uns allen" (Schröder 2003). Doch mit der höheren Verantwortlichkeit für die Gesundheit wird zugleich das Verhältnis zur Krankheit neu bewertet. Zumindest unterschwellig weist das verhaltensbezogene Präventionskonzept mit Betonung der 'Eigenverantwortung' dem Einzelnen eine stärkere Schuld an seiner Krankheit zu.

Vor allem aber werden die völlig unterschiedlichen sozial-kulturellen Voraussetzungen der Einzelnen für die Gesundheitsvorsorge ausgeblendet. Lebensstile, die auf gesunde Ernährung und körperliche Fitness ausgerichtet sind, finden sich typischerweise in den besser gestellten sozialen Schichten, während sich gesundheitsgefährdende Verhaltensweisen eher in den unteren sozialen Lebenslagen konzentrieren. Präventionsprogramme, die den Krankheitsfaktoren Rauchen, Übergewicht und Bewegungsmangel zu Leibe rücken sollen, werden gerade diese letzteren Risikogruppen kaum erreichen.

Gesundheitsvorsorge als Inbegriff von 'Eigenverantwortung' hat aber noch eine weitere Dimension: Die ständige Sorge um den eigenen Körper, die unaufhörliche - von Medien und Markt beförderte - Beschäftigung mit gesundheitsbewusster Ernährung, körperlicher und geistiger Fitness, sind Bestandteil eines allgegenwärtigen Konsumdenkens. Verantwortlich aus dieser Sicht glaubt jeder zu handeln, der sein Geld für gesundheitsfördernde Kurse und Präparate ausgibt. So beflügelt individuelle Gesundheitsprävention nicht zuletzt die Nachfrage auf dem Gesundheitsmarkt.

Quellen:

- Bertelsmann. Der medial-politische Komplex aus Gütersloh. Forum Wissenschaft 2007; S. 211-223
- Bundeskanzler Schröder: Neujahrsansprache 2003 ([Link](#))
- Volke: Das Konzept 'Eigenverantwortung' und die Individualisierung der Gesundheitsprävention – In: Wernicke, Bultmann (Hg.): Netzwerk der Macht - Bertelsmann. Der medial-politische Komplex aus Gütersloh. Forum Wissenschaft 2007

Kopfpauschale (SM 30.08.2010/ 18.09.2010)

[Zurück zur Übersicht](#) (Seite 1)

Unter dem Schlagwort 'Kopfpauschale' wird die gegenwärtige, von der FDP initiierte, Gesundheitsreform debattiert, obwohl deren offizieller Begriff die → '[solidarische Gesundheitsprämie](#)' ist.

Das Konzept einer 'Kopfpauschale' (jeder Versicherte, ob arm oder reich, zahlt die gleiche Summe) stammt ursprünglich von der CDU (Parteitag 2003), wurde aber wegen Protesten (u.a. von der CSU) abgemildert und durch das Kompromissmodell einer 'solidarischen Gesundheitsprämie' ersetzt. Inzwischen rücken Vertreter der CSU auch von diesem Prämienbegriff ab und sprechen stattdessen von einer Reform, die 'das bestehende System der → [Zusatzbeiträge](#) weiterentwickelt'.

Trotz dieser begrifflichen Abwandlungen hält sich die 'Kopfpauschale' als beherrschendes Schlagwort. Das mag mehrere Gründe haben: die durchschlagende Wirkung des erstmaligen Auftritts, die Griffigkeit der Wortprägung und die Ambivalenz des Begriffs (scheinbare Gleichheit, die mit 'Kopf' und 'pauschal' suggeriert wird, ist unvereinbar mit der offenkundigen Ungleichheit in der Gesellschaft!).

Das bemerkenswerte, inoffizielle 'Comeback' des Schlagworts (nachdem das betreffende Reformvorhaben für Jahre in der Versenkung verschwunden war!) ist schließlich ein Zeichen dafür, dass der stellvertretende offizielle Begriff ('solidarische Gesundheitsprämie') in der Öffentlichkeit nicht ankommt. Er wird vermutlich als Aufweichung bzw. Verschleierung des ursprünglichen Konzepts empfunden, wohingegen 'Kopfpauschale' ironischerweise als 'Klartext' fungiert. Vor allem wird der Begriff 'Kopfpauschale' von den Kritikern der Reform verwendet, auch in der Variante 'Kopfprämie', die sich unterschwellig mit der Vorstellung von 'Kopfgeld' verknüpft.

Quellen:

- Doemens: Merkel spricht ein Machtwort - in Berliner Zeitung v. 8.7.10, S. 2
- Kreickenbaum/ Schwarz: Das Wahlprogramm von CDU und CSU - auf Socialist Website v. 30.7.05

Solidarische Gesundheitsprämie (SM 30.08.2010)

[Zurück zur Übersicht](#) (Seite 1)

Die 'solidarische Gesundheitsprämie' ist als Konzept aus der → '[Kopfpauschale](#)' hervorgegangen und wird in der gegenwärtigen Gesundheitsreform als Erfolgsmodell propagiert. Der Begriff 'Prämie' weckt eher positive Vorstellungen (im Sinne von 'Bonus': 'eine Prämie für Gesundheit'), meint jedoch einen zu zahlenden Versicherungsbeitrag. Das Prinzip 'solidarisch' wird in dem Reformkonzept umgedeutet. Die frühere Finanzierungsgrundlage des Gesundheitswesens war solidarisch in dem Sinne, dass 'Beiträge proportional zum Einkommen' und zugleich paritätisch (von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu gleichen Anteilen) erhoben wurden.

Im Konzept der FDP wird 'Solidarität' innerhalb des Gesundheitssystems jedoch auf das Prinzip 'der Starke hilft dem Schwachen: die stärkeren Gesunden helfen den schwächeren Kranken' eingegrenzt. Zugleich wird der Ausgleich zwischen 'Arm und Reich' in einer Gesundheitsversicherung als 'wenig treffsicher' und deswegen als 'sozial ungerecht' dargestellt. Stattdessen soll ein 'Sozialausgleich' aus Steuergeldern erzielt werden. Dieser Ausgleich würde für alle Einkünfte gelten und deshalb das bisherige System (mit Bemessungsgrenze und Beschränkung auf staatlich Versicherte) sogar an 'Solidarität und Gerechtigkeit' übertreffen.

Dieser angebliche Vorzug der Reform, noch 'solidarischer' zu sein, ist inzwischen jedoch entkräftet: Der Sozialausgleich soll sich allein an den Einkünften aus sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung orientieren. Damit ist das Beiwort 'solidarisch' – ursprünglich als Zugeständnis an soziale Forderungen eingefügt – nur noch eine Worthülse.

Quellen:

- Rösler: Aussprache zur Regierungserklärung der Kanzlerin, 12.11.09. - in Schattenblick (<http://www.schattenblick.net/infopool/politik/fakten/pfred792.html>)
- Schüller: Kopfpauschale? Nein, danke! - in attac Rundbrief 02/2010, S. 4

Zusatzbeitrag (SM 15.10.2010)

[Zurück zur Übersicht](#) (Seite 1)

Wofür steht der Fachbegriff 'Zusatzbeitrag'? Laut Regierungsbeschluss (September 2010) sollen alle künftigen Kostensteigerungen im Gesundheitswesen über den (nach oben offenen) Zusatzbeitrag abgedeckt werden, den allein die Versicherten zahlen müssen, während der Arbeitgeberanteil eingefroren wird.

Vom Begrifflichen her reiht sich dieses Reforminstrument in eine anscheinend schlicht-sachliche Verwaltungsterminologie ein, sehr ähnlich der schon zuvor eingeführten 'Zuzahlung' für medizinische Verordnungen. In der Sache jedoch markiert der 'Zusatzbeitrag' den Einstieg in das Prämiensystem für die gesetzliche Krankenversicherung und damit einen weiteren Meilenstein in Richtung der angestrebten Privatisierung im Gesundheitswesen.

Reformpolitisch kam der 'Zusatzbeitrag' als Kompromiss zustande, nachdem das ursprüngliche Vorhaben einer → '[Kopfpauschale](#)' bzw. → '[Gesundheitsprämie](#)' (CDU/FDP) innerhalb der Regierungskoalition auf den Widerstand der CSU traf und auch die entsprechenden Begriffe inzwischen offiziell tabu sind.

Die finanzielle Zumutung, die der 'Zusatzbeitrag' für den Versicherten bedeutet, erschließt sich – auch durch Erfahrungen mit 'Zuzahlung' und 'Praxisgebühr' - relativ leicht, wenngleich die

konkreten Belastungen erst im 'Kleingedruckten' deutlich werden.

Hingegen bleibt eine nicht minder weit reichende Konsequenz in diesem Begriff zunächst verborgen: Der 'Zusatzbeitrag' soll den Wettbewerb der Kassen fördern, indem Patienten dahin wandern, wo es noch keinen oder einen geringeren Beitrag gibt. Dieser beabsichtigte Effekt ist Teil des neoliberalen Konzepts, das dem → '[eigenverantwortlichen Versicherten](#)' eine neue Rolle auf dem Gesundheitsmarkt zuweist.

Quelle:

Szent-Ivanyi: Einstieg in die Kopfpauschale - in Berliner Zeitung v. 23.9.10, S. 5.

Wirtschaftspolitik (SM-OZ 20.3.2011; 10.6.2011)

[Zurück zur Übersicht](#) (Seite 1)

Der Schlüsselbegriff neoliberaler Wirtschaftspolitik im Weltmaßstab ist die → [Globalisierung](#), auch als Hüllwort für den Kapitalismus dienlich. Neoliberale Globalisierung kreist um die → [Finanzmärkte](#) und deren oft ungenannten Akteure – die privaten Banken. Flankiert wird globale Wirtschaftspolitik von dem Streben nach einer weltweiten Strukturpolitik, genannt → [Global Governance](#), über die sich verdeckt die Interessen der Unternehmerlobby vermitteln lassen. Im Zuge der Globalisierung wird der Bevölkerung in vielen Ländern ein harter Sparkurs aufgezwungen. Globalisierungskritiker verwenden dafür das wenig gebräuchliche Wort → [Austerität](#) - als Pendant zu dem weit verbreiteten englischen Begriff 'austerity' (Strenge, Sparsamkeit).

Im Gefolge der Wirtschafts- und Währungskrise hat die Europäische Union im März 2011 ein Paket zur Stabilisierung des Euro geschnürt, das hochverschuldete Länder vor dem drohenden Bankrott 'retten' soll (→ [Euro-Rettungsschirm](#)), Staatshaushalte wirksamer 'stabilisieren' soll (→ [Stabilitätspakt](#)) und die verschuldeten Länder 'wettbewerbsfähiger' machen soll (→ [Wettbewerbspakt](#)). Hinter diesen wohlklingenden Begriffen verbergen sich für die betroffenen Länder harte Maßnahmen, die vor allem den Interessen der → [Finanzmärkte](#) Vorschub leisten.

Austerität (OZ 21.3.2011, 11.4.11)

[Zurück zur Übersicht](#) (Seite 1)

Aktuelle Proteste in Europa richten sich gegen die Forderung der neoliberalen Wirtschaftspolitik, die öffentlichen Haushalte rigide einzuschränken, was im Englischen als 'Austerity', im Deutschen - u.a. in Attac-Texten (1) - als 'Austerität' bezeichnet wird. Was bedeutet dieser für uns ungewöhnliche Begriff? Auch 'Austerität' ist einer der Euphemismen, die eine Maßnahme im globalen ökonomischen Verteilungskampf von oben nach unten sprachlich verhüllen und damit harmloser aussehen lassen soll als sie ist, auch wenn der Begriff im deutschen Sprachbereich fast nur von Ökonomen und an ihnen orientierten Journalisten verwendet wird. Wer den Begriff benutzt, bezeichnet damit eine staatliche Sparpolitik, "die durch Drosselung laufender Ausgaben im öffentlichen und privaten Bereich, sprich durch strenge Führung des öffentlichen Haushalts bei gleichzeitiger Politik der Einschränkung des Massenkonsums, in Zeiten ökonomischer Krisen eine Verbesserung der wirtschaftlichen Situation herbeiführen soll."(2)

Das Wort 'Austerität' ist vom lateinischen 'austeritas' abgeleitet, was in einem Langenscheidt-Wörterbuch mit 'Herbheit', 'finsterem Wesen', 'Unfreundlichkeit', 'Strenge' oder 'Trockenheit' übersetzt wird. In die Wirtschaftspolitik eingeführt wurde der Begriff als 'Austerity' Anfang der 1940er Jahren in Großbritannien, als durch die Sparmaßnahmen der Regierung Churchill eine ausgeglichene Zahlungsbilanz und Vollbeschäftigung erlangt und vor allem unter dem Eindruck

kriegerischer Bedrängnis die Rüstungsproduktion angekurbelt werden sollten. Da es damals noch kaum soziale Ausgaben des Staates gab, war die Lebensmittel-Rationierung ein wesentlicher Bestandteil der 'Austerity'-Politik.

Ein massives Zurückfahren der sozialen Ausgaben eines Staates, verbunden mit massiven Gehaltskürzungen im öffentlichen Dienst, hatte es allerdings auch schon ein Jahrzehnt zuvor durch die Regierung Brüning in der Weimarer Republik gegeben, wofür aber noch nicht der Begriff 'Austerität' verwendet wurde, weshalb das lateinische 'austeritas' im englischen 'austerity' schon Verwendung fand, bevor die deutsche Variante üblich wurde. Was auf die Brüningsche Variante eines harten Sparkurses folgte, ist so hinreichend bekannt, dass hier keine weiteren Worte darüber verloren werden müssen.

Heute wird der Begriff 'Austerität' insbesondere in der globalen Wirtschaftspolitik verwandt. Wenn etwa der Internationale Währungsfonds (IWF) der Bevölkerung in einem Land erklärt, dass es 'Austerität' einführen müsse um sich selbst aus einer Finanzkrise zu befreien, findet man einen klaffenden Abgrund zwischen Sprache und Wirklichkeit. 'Austerität' impliziert Disziplin, Selbstbeschränkung und sogar ein hohes Maß an Idealismus. 'Austerität' klingt weitsichtig, maßvoll und wie ein Zweck in sich selbst.

Wenn man den Menschen eines im wirtschaftlichen Zusammenbruch befindlichen Landes erklärt, sie müssten 'Austeritätsmaßnahmen' einführen um wirtschaftlich 'wieder auf die Füße' zu kommen, werden viele von ihnen bereit sein, unter härtesten Bedingungen zu leben und mit der Zerlegung des eigenen Landes einverstanden sein – alles in der vagen Hoffnung, dass, wenn man nur den internationalen Finanzinstitutionen mehr Macht gäbe, sich der wirtschaftliche Zusammenbruch irgendwie vermeiden ließe. Der Trick dabei ist natürlich, dass die Wirklichkeit im genauen Gegenteil besteht.

Wie vom früheren Chefökonom der Weltbank, Joseph Stiglitz, enthüllt wurde, gehört es zur Standardprozedur des IWF, Wirtschaftsraubzüge in den Schuldnerländern durchzuführen und deren Infrastruktur zum Wohle ausländischer Konzerne auseinanderzunehmen und zu verkaufen, um dadurch sicherzustellen, dass alle öffentlichen Gelder zur Bezahlung der Banker verwendet werden. Stiglitz hat sogar einen Namen für die Tatsache, dass die Gesellschaft sich nach einem 'Austeritätsplan' unweigerlich auflöst: der 'IWF-Aufstand' (3). Jetzt erleben wir die ersten Anfänge von IWF-Aufständen in Europa. Die Menschen gehen auf die Straße, um gegen die Maßnahmen zu demonstrieren, die in ihrem Namen ergriffen werden sollen, um damit den Bankern noch einmal das zurückzuzahlen, was sie mit Hilfe korrupter Regierungen den Menschen schon einmal stahlen.

In der BRD hielt sich in Zeiten von 'Wirtschaftswunder' und 'sozialer Marktwirtschaft' die Umverteilung von unten nach oben im Ergebnis in engen Grenzen, weil auch die Arbeitenden – und in der Altersgruppe zwischen 25 und 65 gehörten fast alle dazu – einen so großen Anteil vom wachsenden Kuchen erhielten, dass es sich nicht lohnte, gegen die bestehende Vermögensverteilung zu opponieren. Wenn damals eine Bundesregierung punktuelle Einsparungen im sozialen Bereich durchführte, reichte dafür der Begriff 'Sparpolitik' vollkommen aus.

Seit jedoch in den 1980er Jahren und verstärkt seit 1990 im Zuge des Siegeszuges des globalisierten Kapitalismus die Auswirkungen der Umverteilung von unten nach oben auch in der BRD immer deutlicher spürbar werden, soll dieser unfreundlich klingende Begriff durch einen freundlicher klingenden ersetzt werden. Was bietet sich da für die neoliberalen Verfechter dieses globalisierten Kapitalismus besser an als diese 'Austerität', mit der zumindest Nicht-Lateiner zunächst einmal dekadenten Austerngenuss assoziieren? Kritiker dieser Wirtschaftsform sollten dagegen mehr Wert auf Klarheit legen und die hinter dieser Politik stehenden Intentionen klar und deutlich mit dem Begriff 'harter Sparkurs' benennen.

Anmerkungen und Quellen:

Teile des Beitrags basieren auf dem Artikel von James Corbett "Das wahre Gesicht der Austerität" [www.propagandafront.de].

(1) z.B. "Europäischer Aktionstag gegen Austerität" (29.9.10) [<http://www.krisenbewegung.net/?p=236>]

(2) "Austerität" in Wikipedia, [<http://de.wikipedia.org/wiki/Austerität>]

(3) 'IWF-Aufstand': <http://www.gregpalast.com/the-globalizer-who-came-in-from-the-cold/>

Euro-Rettungsschirm (SM 10.6.2011; Anmerkung 5.1.2012)

[Zurück zur Übersicht](#) (Seite 1)

Um hochverschuldete Mitgliedsstaaten der Euro-Zone vor dem Staatsbankrott zu retten, hat die EU im Dezember 2010 einen 'Europäischen Stabilisierungsmechanismus' (ESM) eingerichtet, der durch Finanzmittel aus der 'Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität' (EFSF – kurz: Rettungsfonds) abgesichert wird. Ab 2013 soll diese provisorische Konstruktion durch einen dauerhaften 'EURO-Rettungsschirm' abgelöst werden.

Die Wortverbindung von 'Rettung' und 'Schirm' schafft gleich doppeltes Vertrauen – als ein Inbegriff von Wohltätigkeit. Was aber geschieht tatsächlich? Unter welchen Bedingungen und mit welchen Konsequenzen tritt der Rettungsschirm in Aktion?

Mitgliedsländer, die ihren Schuldendienst nicht mehr selbst schultern können, geraten zunächst ins Visier der Rating-Agenturen, ihre Kreditwürdigkeit wird herabgestuft, Spekulanten steigen in das Geschäft ein, und die Banken, die zuvor durch staatliche Gelder aus der Finanzkrise gerettet wurden, sahnen Gewinne ab, bis die verschuldeten Länder vor dem Staatsbankrott stehen.

Sobald die Finanzmittel aus dem 'Rettungsfonds' beantragt werden, schnürt die EU – zusammen mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) – ein 'Reformpaket', das harte Forderungen an die 'geretteten' Länder stellt: verringerte Staatsausgaben, einen 'reformierten' Arbeitsmarkt, Privatisierungen und Stützung der Banken. Durch diese Eingriffe seitens der EU und des IWF wird die Entscheidungsfähigkeit des betreffenden Landes systematisch zerstört.

Der 'Stabilisierungsmechanismus' bedeutet also für die Kandidaten, in das "gnadenlose Mahlwerk der Finanzmärkte" (Alt Vater 14.4.11) zu geraten. Somit ist die oft gebrauchte Formulierung, dass ein Land "unter den Rettungsschirm schlüpft" (wie aus dem Regen ins Trockene oder aus der Not in sichere Obhut), irreführend. Geschützt bleiben unter diesem 'Rettungsschirm' vor allem die Banken, auf Kosten der öffentlichen Haushalte.

Quellen:

- Alt Vater: Aufstocker und Überflieger – in Freitag v. 27.1.11 [<http://www.freitag.de/politik/1104-aufstocker-und-berflieger>]
- Alt Vater: Im Sog der Schulden - in Freitag v. 14.4.11 [<http://www.freitag.de/1115-im-sog-der-schulden>]
- Europäischer Stabilisierungsmechanismus – in Wikipedia [http://de.wikipedia.org/wiki/Europ%C3%A4ischer_Stabilisierungsmechanismus]

Anmerkung:

Nachträglich zu empfehlen ist folgende sprachkritische Analyse:

- Kruschwitz: Die einen nennen es Krieg ... Die anderen sprechen lieber vom Rettungsschirm – in Freitag v. 5.1.12 [<http://www.freitag.de/datenbank/freitag/2012/01/die-einen-nennen-es-krieg-die-anderensprechen-lieber-vom-rettungsschirm/>]

Finanzmärkte (SM 10.6.2011; Anm. 25.9.2012)

[Zurück zur Übersicht](#) (Seite 1)

Spätestens seit der letzten Finanz- und Wirtschaftskrise sind 'Finanzmärkte' ein Schlüsselwort in der öffentlichen Diskussion. Die gängige Definition, z.B. in Wikipedia, erscheint klar umrissen: "Finanzmarkt ist ein Oberbegriff für alle Märkte, auf denen ein Handel mit Kapital stattfindet." Vielschichtiger sind die Zusammenhänge, wenn man die 'Finanzmärkte' als einen Kernbereich der neoliberalen → [Globalisierung](#) begreift: Sie beeinflussen maßgeblich die Politik und wirken auf immer mehr Bereiche der Gesellschaft ein — vor allem über Verschuldung und Akkumulation von Reichtum.

Problematisch wird die Bezeichnung 'Finanzmärkte' allerdings, wenn sie als Hüllwort dient. Die "Welt" z.B. betitelt eine Nachricht zu den EU-Rettungsaktionen für Griechenland wie folgt: "Finanzmärkte bestrafen die Euro-Flickschusterei", und führt im Nachsatz etwas weiter aus: "Europas Dissonanzen verunsichern Investoren. Der Euro fällt zum Schweizer Franken und zum Gold auf historische Tiefstände. Anleger fliehen in 'sichere Häfen'."

Wie in diesem Beispiel tauchen insbesondere in den gegenwärtigen Diskussionen um Auswege aus der Finanz- und Wirtschaftskrise die 'Finanzmärkte' häufig als handelndes Subjekt auf. Was aber in der Wirtschaftspresse "ehrfürchtig als 'die Finanzmärkte' fetischisiert" wird (Alt Vater 2011), sind in Wirklichkeit die ungenannten Akteure: insbesondere die privaten Banken und speziell die einflussstarken Rating-Agenturen.

In einer Kritik an den Euro-Rettungspaketen (Krätke 2011) wurde dieser Zusammenhang enthüllt: "Die gesamte EU beugt sich dem Diktat einer winzigen Gruppe von Finanzmarkt-Akteuren, an deren Integrität und Kompetenz Zweifel erlaubt sind. Einer Gruppe, die nach dem jüngsten Bericht einer Enquête-Kommission des US-Kongresses bei den Hauptschuldigen am Finanzmarktdesaster der vergangenen Jahre einsortiert werden sollte."

Mit dem Hüllwort 'Finanzmärkte' ist es möglich, jegliche Frage nach Akteuren und deren Verantwortung auszublenden – das Handeln der 'Finanzmärkte' erscheint unantastbar. Dieser Effekt ergibt sich nicht allein aus dem hohen Verallgemeinerungsgrad des Begriffes. Ein wesentlicher Hintergrund ist die neoliberale Vorstellung von der zentralen Rolle des Marktes für das Funktionieren von Wirtschaft und Gesellschaft. 'Finanzmärkte' erscheinen aus dieser Sicht allmächtig.

Für die globalisierungskritischen Diskussion ist es daher hilfreich, so konkret wie möglich die jeweils Handelnden in der Finanz- und Wirtschaftspolitik zu benennen.

Quellen:

- Alt Vater: Aufstocker und Überflieger – in Freitag v. 27.1.11 [<http://www.freitag.de/politik/1104-aufstocker-und-berflieger>]
- Attac Deutschland: AG Finanzmarkt und Steuern [<http://www.attac-netzwerk.de/ag-finanzmarkt-steuern/>]
- Attac Berlin: AG Finanzmärkte [<http://attacberlin.de/ags/agfinanz/>]
- Eckert/ Zschäpitz: Finanzmärkte bestrafen die Euro-Flickschusterei – in Die Welt 23.05.2011 [<http://www.welt.de/finanzen/article13389543/Finanzmaerkte-bestrafen-die-Euro-Flickschusterei.html>]
- Finanzmarkt – in Wikipedia [<http://de.wikipedia.org/wiki/Finanzm%C3%A4rkte>]
- Krätke: Das Euro-Plus-Paket – in Freitag v. 31.3.11 [<http://www.freitag.de/politik/1113-das-euro-plus-paket>]

Wie soll man mit den Folgen der -> **Globalisierung** politisch umgehen? Einer der Lösungsansätze hierzu wird 'Global Governance' genannt – deutsche Übersetzungsversuche sind 'Weltordnungspolitik', 'globale Ordnungspolitik/ Strukturpolitik' oder 'Weltinnenpolitik'.

Hinter 'Global Governance' verbirgt sich eine Vielfalt von Konzepten des Steuerns und Regels von Prozessen in internationalen und nationalen Kontexten. Zugrunde liegt die These, dass die Existenz bzw. Kapazität von Staaten eingeschränkt ist und sich daher nicht-staatliche Akteure an Regulierungsprozessen beteiligen müssen. Staatlich-private Kooperationen bilden, dieser These folgend, den Normalfall und sind nicht mehr nur Ergänzung zu staatlichem Handeln.

Aus neoliberaler Sicht schält sich folgendes Verständnis heraus: *'Global Governance' – damit ist der Versuch gemeint, Sicherheit, Wohlfahrt und soziale Gerechtigkeit herzustellen, wenn die Staaten oder ihre Regierungen allein dazu nicht in der Lage sind. Staatlichkeit verändert sich, sowohl in den internationalen Beziehungen als auch im Innern der Länder. Regiert wird zwar immer noch, aber es kommt zu neuen Kooperationsformen und Partnerschaften zwischen staatlichen und privaten Akteuren, sei es gewinnorientierten Unternehmen, seien es gemeinwohlorientierte Nichtregierungsorganisationen - NGOs* (nachzulesen bei Thomas Risse 2003).

Ausgangspunkt dieser Argumentation ist das angebliche Unvermögen des Staates, allein mit den Folgen der Globalisierung zurechtzukommen ('allein nicht in der Lage'). Dieser Sachverhalt wird nicht hinterfragt, stattdessen wird ein Wandel postuliert, der angeblich dem Gemeinwohl ('Sicherheit, Wohlfahrt und soziale Gerechtigkeit') dient: 'Staatlichkeit verändert sich', und zwar geprägt von der Zusammenarbeit 'staatlicher und privater Akteure'. Die privater Akteure erscheint Der Begriff 'private Akteure' wird hier als gesellschaftlich repräsentativ verwandt ('gewinn- und gemeinwohlorientierte' Organisationen umfassend), und die Einbeziehung dieser Akteure erscheint alternativlos – andere Lösungen etwa durch eine demokratische Erneuerung der Gesellschaft stehen nicht zur Diskussion.

Die hauptsächlichen Akteure im Sinne der 'Global Governance' sind 'öffentlich-private Partnerschaften' (Public Private Partnerships – PPP) oder trisektorale Netzwerke (Staat/ Zivilgesellschaft/ Privatwirtschaft), die grenzübergreifend wirksam werden. NGOs werden innerhalb dieser Kooperationen als gemeinnützige Non-Profit-Akteure stilisiert. Schlagworte sind hier: Unabhängigkeit, Solidarität, Subsidiarität. Die Einbindung von NGOs dient hauptsächlich der Schaffung von gesellschaftlicher Akzeptanz der von Wirtschaft bzw. Staat verfolgten Ziele. Dabei bleibt jedoch der wesentliche Einfluss der Unternehmerlobby über 'gemeinnützige' Stiftungen verborgen.

Neueste Vorstöße zur Beförderung von 'Global Governance', um den Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise zu begegnen, sind in einem Bericht der Bertelsmann Stiftung vorgelegt worden (*Sharing Global Governance* 2011). Darin wird für eine verstärkte Rolle von 'nicht-staatlichen Akteuren', speziell 'zivilgesellschaftlichen' Organisationen (NGOs), auf internationaler politischer Ebene plädiert.

Der Titel dieses Berichts, in der deutschen Fassung *'Globalisierung gemeinsam gestalten'*, impliziert einen besonderen Akzent: Nicht die Bewältigung von Folgen der Globalisierung, sondern vielmehr deren 'gemeinsame Gestaltung' wird hier zu einem positiv gewendeten Anliegen von 'Governance' (dazu passend der positive Begriff 'zivilgesellschaftliche' Organisation anstelle von 'Nicht'regierungsorganisation), und die zu 'gestaltende' Globalisierung wird selbst ein Teil dieses gemeinschaftlichen Anliegens.

Anmerkung (MK 24.4.2011)

Das Ziel ist klar: Die 'Globalisierung' soll unternehmerfreundlich gestaltet werden, dabei ist 'bürgernah' eine Verhüllung: Du sollst eingebunden werden in die Schaffung von Strukturen, die dich unterdrücken.

Quellen:

- Bertelsmann Stiftung: Sharing Global Governance: Civil society organizations influence international policymaking. Gütersloh 2011 [http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xchg/SID-1BC7298F-06888943/bst_engl/hs.xml/nachrichten_105002.htm]
- Global Governance – in Wikipedia [http://de.wikipedia.org/wiki/Global_Governance]
- Risse, Thomas: Wer die Welt regiert. "Global Governance" oder: Wie mit den Folgen der Globalisierung politisch umgehen? - in Tagesspiegel v. 22.10.03 [<http://www.tagesspiegel.de/zeitung/wer-die-welt-regiert/458508.html>]
- Schneiker, Andrea: Die Selbst- und Koregulierung privater Sicherheits- und Militärfirmen. Demokratie, Sicherheit, Frieden. Hrsg. von Prof. Dr. Michael Brzoska, DSF Bd. 193. Nomos Verlag, 1. Aufl., 2009, Münster
- Schröder, H.; Olbrich, R.; Kenning, P. u.a.: Distribution und Handel in Theorie und Praxis (Hrsg.) Festschrift für Prof. Dr. D. Ahlert. 1. Aufl. 2009, Gabler Edition Wissenschaft, Wiesbaden

Globalisierung (OZ 22.3.2011)

[Zurück zur Übersicht](#) (Seite 1)

Der Begriff 'Globalisierung'(1) eignet sich aus zwei Gründen sehr gut als Chiffre für den Begriff 'Kapitalismus': Zunächst lenkt er zielsicher von dieser in Europa seit Karl Marx und dort bis 1990 auch sehr deutlich diskreditierten Wirtschaftsform ab und hält damit deren Vertretern den Rücken frei für ihre Politik der immer weiteren Verschärfung der sozialen Desintegration in jedem einzelnen Land, aber auch auf dem gesamten Planeten. Zweitens wird dadurch der eigentlich wertneutrale Begriff 'Globalisierung' dämonisiert und kann das auf den Kapitalismus gerichtete Wutpotential von Milliarden Menschen von diesem ab- und auf die Globalisierung hinlenken.

Während 'Kommunismus' spätestens seit 1848 bei denen, die ihn zu Recht fürchten mussten und bei denen, denen man eingeredet hatte, dass dies so sei, ein Schrecken verbreitender Begriff war, war die Bewertung des Begriffs 'Kapitalismus' seitdem nicht so eindeutig. Während in den USA zu keiner Zeit nennenswerte Bedenken gegen die Verwendung dieses Begriffs bestanden, wurde die Sache nach der Katastrophe, in die er Europa mit Hilfe des Faschismus geführt hatte, differenzierter gesehen.

So standen nach 1945 nicht nur Sozialisten und Sozialdemokraten dem Kapitalismus ablehnend gegenüber, sondern die Ablehnung reichte auch weit in bürgerliche Kreise hinein (Ahlener Programm der CDU von 1947). Und tatsächlich stellt die 'Soziale Marktwirtschaft' in der BRD ein deutlich wahrnehmbares Zugeständnis der kapitalistischen Klasse dar, dessen Kompromiss-Charakter wir erst seit den 1990er Jahren im Nachhinein so deutlich wahrnehmen können. Vor diesem Hintergrund ist es verständlich, dass die damaligen Meinungsführer den Begriff auf 'ihre' 'Soziale Marktwirtschaft' nicht so gerne angewendet sehen wollten.

Als jedoch in den 1980er Jahren in der Folge des Vordringens der neoliberalen Ideologie und ihrer Auswirkungen die menschenfeindlichen Züge des Kapitalismus wieder deutlicher hervortraten, wurde die Möglichkeit der Verwendung des Begriffs 'Globalisierung' für die tatsächlich in diese Richtung hin deutlich veränderte Lage dankbar aufgegriffen. Nun konnte diese Globalisierung als etwas dargestellt werden, was in seiner immer deutlicher zu Tage tretender Form zwar deutlich negative Auswirkungen auf das Leben der Menschen auch im bis dahin beschaulichen Westeuropa hatte, aber andererseits auch die Vorteile weltweiten Handels und Reisens gerade für Westeuropäer aufwies.

Für den sich nach 1990 weltweit brutal durchsetzenden Kapitalismus gibt es viele Beispiele.

Nachdem zollfreier Warenhandel auf drei Vierteln der Planetenoberfläche schon seit Jahrzehnten immer weiter ausgedehnt worden war, durchdrang nun der auch dank elektronischer Medien sich immer weiter beschleunigende Kapitalverkehr alle Länder der Welt. Finanzströme werden nach wie vor nicht kontrolliert, nur die weltweite Freizügigkeit von Menschen wird nach wie vor rigide unterbunden. Die weltweit miteinander verbundenen elektronischen Medien ermöglichen zwar auch eine Vernetzung oppositioneller Kräfte, deren Wirkung wird jedoch durch ebenfalls weltweit agierende Medienkonzerne (z.B. Murdoch) in engen Grenzen gehalten.

Seit sich mit Beginn der Weltwirtschaftskrise 2008 der Zusammenhang zwischen der gegenwärtigen Form der Globalisierung und dem Kapitalismus immer weniger leugnen lässt, und es sich für die führenden Köpfe des kapitalistischen Systems eine Zeitlang als unumgänglich erwies, sich geradezu Asche aufs Haupt zu streuen, ist der Widerstand gegen die Verwendung des Begriffs 'Kapitalismus' wahrnehmbar geschwunden. Da die Globalisierung insbesondere im Zusammenhang mit der weltweiten technologischen Verflechtung als etwas Unaufhaltsames, Alternativloses dargestellt werden kann, bietet sich auch heute noch der Begriff 'Globalisierung' als Hüllwort für 'Kapitalismus' weiterhin an.

Auch wird das von rückwärtsgewandten 'nationalen Kräften' geschickt angewandte Muster bedient, alle Übel der Welt auf einen Außenraum mit einer 'fremden' Bevölkerung zu projizieren und damit einen Innenraum mit einer 'eigenen' Bevölkerung zu glorifizieren, von der auch sich dort befindliche Protagonisten des Kapitalismus nicht ausgeschlossen werden. So sind die 'Bösen' eben nicht mehr die Kapitalisten, sondern die Angehörigen anderer Hautfarbe oder Religion, wenn nicht gar in nationalistischer Manier alle, die nicht der 'eigenen' Nation angehören.

Kritiker der kapitalistischen Globalisierung, also Kapitalismus-Gegner wurden zunächst als 'Globalisierungs-Gegner' diffamiert, um ihnen den kosmopolitischen Impetus abzusprechen. Um mit der Kritik an ihnen aber nicht allzu unglaublich zu werden, wurde diese Unterstellung der totalen Gegnerschaft zur Globalisierung zurückgezogen, um sie nunmehr lediglich als 'Globalisierungskritiker' zu bezeichnen. Wenn der Begriff 'Globalisierung' auf dessen kapitalistische Inhalte reduziert würde, würde der Begriff 'Globalisierungskritiker' den damit gemeinten Menschen nicht gerecht, weil diese sich nicht nur auf eine akademisch-theoretische Kritik der kapitalistischen Globalisierung beschränken und beschränken wollen.

Andererseits wird der Begriff 'Globalisierungskritiker' den damit gemeinten Menschen erst recht nicht gerecht, wenn die Beschränkung des Begriffs 'Globalisierung' auf die kapitalistische aufgegeben wird. Weil ein kapitalistisches Weltsystem, das den Planeten seit nunmehr zwei Jahrzehnten vollständig umspannt, ihn total, oder – um einen Begriff aus der bürgerlichen Ideologie zu gebrauchen – totalitär beherrscht, nur auf der globalen Ebene erfolgreich bekämpft werden kann, müssen die Gegner der kapitalistischen Globalisierung mindestens ebenso global ausgerichtet sein wie diejenigen, die sie bekämpfen.

Anmerkung (MK 24.4.2011)

'Globalisierungskritiker' wählen diese Bezeichnung gern für sich selbst, da sie 1) leichter vermittelbar in bürgerliche Kreise ist, 2) da sich Globalisierung an sich nicht aufhalten lässt, aber der Globalisierung, wie sie derzeit abläuft, eine 'Globalisierung von unten', in Selbstgestaltung der Beteiligten, entgegen gesetzt werden soll, 3) als Abgrenzung zu medial konstruierten Globalisierungsgegnern.

(1) Auszug aus dem Wikipedia-Artikel zur "Globalisierung" [<http://de.wikipedia.org/wiki/Globalisierung>]:
"Die Globalisierung ist der Vorgang der zunehmenden weltweiten Verflechtung in allen Bereichen (Wirtschaft, Politik, Kultur, Umwelt, Kommunikation etc.). Diese Verdichtung der globalen Beziehungen geschieht auf der Ebene von Individuen, Gesellschaften, Institutionen und Staaten. Als wesentliche Ursachen der Globalisierung gelten der technische Fortschritt, insbesondere in den Kommunikations- und Transporttechniken, sowie die politischen Entscheidungen zur Liberalisierung des Welthandels."

Stabilitätspakt (SM 10.6.2011)

[Zurück zur Übersicht](#) (Seite 1)

Der 'Stabilitätspakt' der EU, lange Zeit kaum beachtet, ist wieder auf der politischen Tagesordnung. Unter diesem Begriff werden Vereinbarungen verstanden, die im Rahmen der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion für finanzpolitische Stabilität sorgen sollen. Inhaltlich geht es darum, dass die Mitgliedsstaaten in wirtschaftlich normalen Zeiten einen annähernd ausgeglichenen Staatshaushalt sowie eine Begrenzung ihrer öffentlichen Verschuldung beachten, damit in wirtschaftlich ungünstigen Zeiten eine geringere Gefahr von Instabilitäten besteht.

Mit dem Wort 'Stabilität' wird also – abgehoben vom konkreten Inhalt der Vereinbarungen – ein Ziel benannt, das Sicherheit vermitteln und Vertrauen in den Euro stärken soll. Anders ist der Akzent beim 'Pakt': Mit diesem Wort (lateinisch 'paktum': Vertrag, Vereinbarung) wird nicht nur der rechtliche Zusammenhang verdeutlicht (Maastricht-Vertrag). Zugleich klingt eine 'kämpferische Entschlossenheit' an, die aus der Militärsprache herrührt ('Atlantikpakt', 'Nichtangriffspakt'). Und auch der 'Pakt mit dem Teufel' ist uns ein Begriff. Das heißt es geht bei einem 'Pakt' um Vereinbarungen, die unter Druck (angeblichem 'Sachzwang') bei z.T. starken Interessengegensätzen und - im Fall des Nichteinhaltens - mit harten Konsequenzen geschlossen werden.

Angesichts der drohenden Überschuldung von EU-Ländern wie Griechenland fordert nun die Bundesregierung gemeinsam mit der EU-Kommission eine "Verschärfung des Stabilitätspaktes". Diese Formulierung verhüllt, worauf die 'Verschärfung' zielt: Weder die 'Stabilität' noch der 'Pakt', sondern allein die Strafmaßnahmen bei Verstößen gegen den 'Pakt' können verschärft werden. Angestrebt werden härtere Strafen, die rascher greifen, die fast automatisch erteilt werden, ja bis zum Entzug des Stimmrechts gehen können.

Tatsächlich offenbart dieser brachiale Vorstoß jedoch eine konzeptionelle Schwäche des 'Stabilitätspaktes'. Sein neoliberaler Grundgedanke war, etwas salopp ausgedrückt: Der Markt ist gut, der Staat ist böse, und damit der Staat kein allzu großes Unheil anrichtet, muss er an die Kette gelegt werden, u.a. durch den 'Stabilitätspakt', der den Politikern die übermäßige Neuverschuldung untersagt.

Diese Staatsverschuldung war aber in der bisherigen Wirtschaftsentwicklung, zumindest bis zum Ausbruch der Finanzkrise, gar nicht das Problem. Nicht (nur) jetzige 'Sorgenkinder' wie Portugal, Irland und Spanien verletzen den 'Stabilitätspakt', sondern vor allem Deutschland brach ihn wiederholt. Zudem zeigte die Krise, dass es in einer Währungsunion nicht reicht, allein auf die Defizite zu schauen.

Das wirkliche Problem der Länder, die jetzt am Pranger stehen, ist die gesamte Verschuldung ihrer Volkswirtschaft, insbesondere durch Leistungsbilanzdefizite (Konsumption höher als Produktion). Und Deutschlands Überschüsse, erzielt durch zu geringe Lohnsteigerungen und ausgeweiteten Billiglohnsektor, sind das Pendant zu den Defiziten in jenen Ländern. Diese brisante Problematik der wirtschaftlichen Ungleichgewichte innerhalb der Eurozone wird jedoch mit dem Ruf nach "Verschärfung des Stabilitätspaktes" bewusst ausgeblendet. Vielmehr sollen die sogenannten Problemländer als vermeintliche Übeltäter dastehen.

Quellen:

- Attac – Wissenschaftlicher Beirat: Manifest zur Krise des Euro (Stand 07.03.2011) [<http://www.attac-netzwerk.de/das-netzwerk/wissenschaftlicher-beirat/erklarungen-stellungnahmen/>]
- Balsen: Stabilität um jeden Preis – in Berliner Zeitung v. 29.9.10 [<http://www.berlinonline.de/berliner-zeitung/archiv/.bin/dump.fcgi/2010/0929/wirtschaft/0024/index.html>]
- v. Heusinger: Kein Interesse an der Wahrheit - in Berliner Zeitung v. 29.9.10

[<http://www.berlinonline.de/berliner-zeitung/archiv/.bin/dump.fcgi/2010/0929/meinung/0015/index.html>]

- Stabilitäts- und Wachstumspakt - in Wikipedia [http://de.wikipedia.org/wiki/Stabilit%C3%A4ts-_und_Wachstumspakt]

Wettbewerbspakt (SM 10.6.2011)

[Zurück zur Übersicht](#) (Seite 1)

Auf Betreiben der deutschen Regierung hat die EU auf ihrem Gipfeltreffen im März 2011 einen 'Pakt für Wettbewerbsfähigkeit' - kurz 'Wettbewerbspakt' ('competitiveness pact') oder auch 'Euro-Plus-Paket' - beschlossen. Unter der Flagge der 'Wettbewerbsfähigkeit' (wobei 'Wettbewerb' bekanntlich 'Konkurrenzkampf' bedeutet) soll ein ganzes Bündel von Maßnahmen mit weitreichenden sozialpolitischen Konsequenzen für die (insbesondere verschuldeten) Länder im Euro-Raum durchgesetzt werden.

Die Begründung erscheint zunächst plausibel: Kein Euro-Staat kann sich aus der Überschuldung befreien, wenn seine Wirtschaft nicht wettbewerbsfähig ist und zurückfällt. Auch das zugleich betonte Bestreben, die wirtschaftspolitische Zusammenarbeit in der EU zu stärken, wird von vielen Mitgliedern der Gemeinschaft geteilt.

Das Anliegen der deutschen Regierung war es allerdings, mit diesem 'Pakt' die Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitiken stärker zu koordinieren - als spezifische Vorstellung Deutschlands zu einer 'Euro-Wirtschaftsregierung'. Zwar konnte dieses Vorhaben auf dem EU-Gipfel nur in abgeschwächter Form verabschiedet werden, doch die Stoßrichtung der Maßnahmen ist eindeutig: Die verschuldeten Staaten sollen ihr Lohnniveau drücken, das Renteneintrittsalter heraufsetzen, den Arbeitsmarkt 'flexibilisieren', den Mindestlohn senken, die Löhne im öffentlichen Dienst kappen und die Koppelung der Löhne an die Inflation aufheben.

Mit diesen Maßnahmen werden anderen Ländern Strukturreformen nach deutschem Muster vorgeschrieben. Zugleich wird die Illusion vermittelt, dass sie damit ihre Wirtschaft ankurbeln und ihre Schuldenprobleme lösen können. Tatsächlich aber geraten sie infolge der harten Sparpolitik und sozialen Einschnitte, die zugleich die Kaufkraft senken, immer tiefer in die Krise.

Kanzlerin Merkel begründete den deutschen Vorstoß mit dem Satz: "Solidarität darf es nicht zum Nulltarif geben" (CDU-Veranstaltung am 29.1.11). Das ist nicht nur eine typisch neoliberale Umdeutung der traditionellen Solidaritätsidee (siehe Kommentar zu → '[Solidarische Gesundheitsprämie](#)'). Deutlich ist auch der innenpolitische Hintergrund: Die Regierung braucht den 'Wettbewerbspakt' als Rechtfertigung für die 'Solidarität' der deutschen Steuerzahler.

Schließlich fügt sich der 'Wettbewerbspakt' in die von Massenmedien geschürte Schuldzuweisung an die Problemländer. Er erweist sich als "Perle der [deutschen] Vulgärökonomie, ... die es zu ihrem Markenzeichen erhoben hat, die gegenwärtige Schulden- und Eurokrise als Folge moralischer Verfehlungen – von Verschwendung, Faulheit und Anspruchsdenken – zu betrachten" (Michael R. Krätke). Das Pendant hierzu ist der -> '[verschärfte Stabilitätspakt](#)' zusammen mit den Konditionen, unter denen der -> '[Euro-Rettungsschirm](#)' aufgespannt worden ist.

Quellen:

- Kaufmann: Europa spart am Lohn – in Berliner Zeitung v. 2.3.11
- Krätke: Das Euro-Plus-Paket – in Freitag v. 31.3.11
- Mussler: Merkels Pakt ist kein Pakt mehr – in FAZ v. 10.2.2011
- Sievers: Noch ein Paket für den Euro – in Berliner Zeitung v. 31.1.11